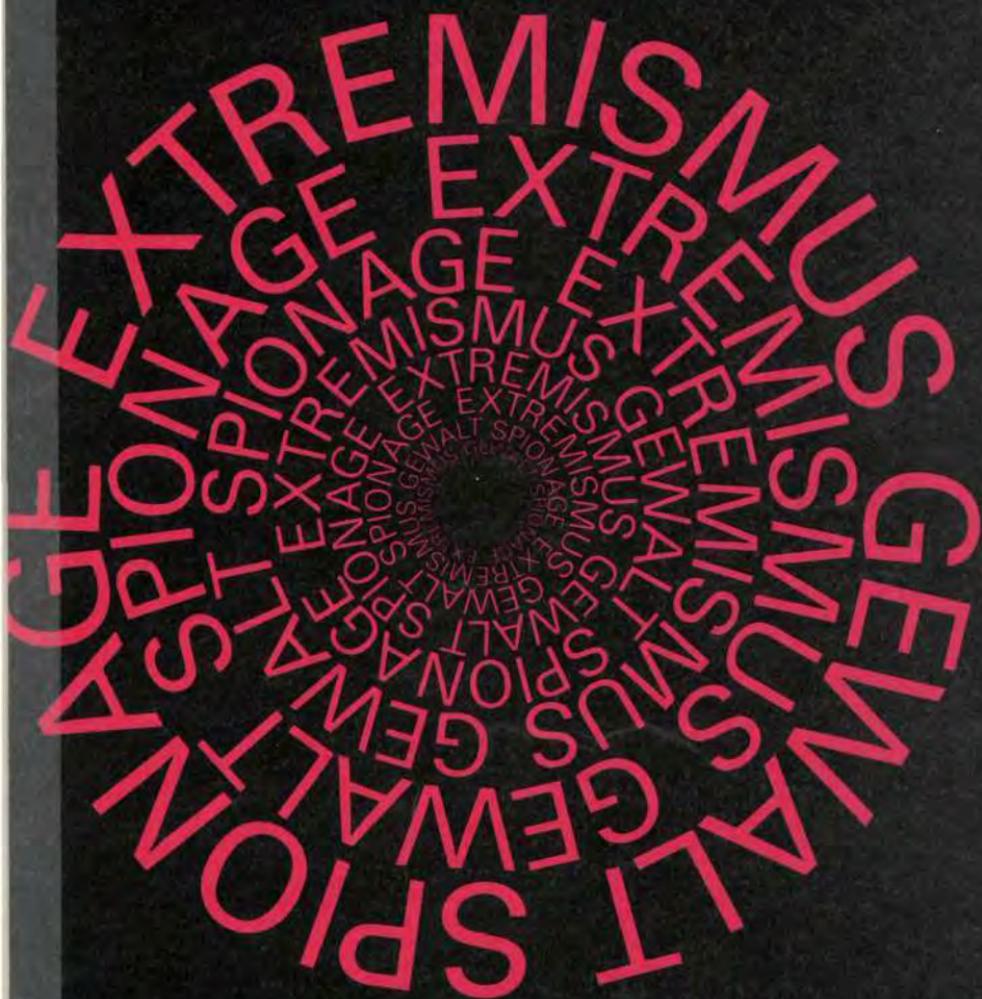




Schriftenreihe  
der Landesregierung  
Schleswig-Holstein

# Verfassungsschutz in Schleswig- Holstein 1976



---

Herausgeber:

Der Innenminister des Landes  
Schleswig-Holstein in Zusammen-  
arbeit mit dem Leiter der Presse-  
und Informationsstelle der Landes-  
regierung

Schriften des Innenministers

Heft 14/1977

Gestaltung:

i.de, Büro für Gestaltung, Stampe

Herstellung:

Lübecker Nachrichten

Lithografie, Satz

A. Dürmeyer, Kiel



Der Verfassungsschutz ist Ausdruck des Selbstbehauptungswillens unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates. Er ist wesentlicher Bestandteil des Sicherheitssystems der Bundesrepublik Deutschland.

Der Verfassungsschutz kann jedoch seine Aufgabe, Angriffe auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuwehren, nur erfüllen, wenn seine Arbeit von dem Verständnis und von dem Vertrauen unserer Bevölkerung getragen wird.

Umsturzbestrebungen politischer Extremisten, Angriffe gewalttätiger Verfassungsfeinde und eine ungewöhnlich umfangreiche Spionagetätigkeit des kommunistischen Ostblocks bedeuten eine ständige Herausforderung aller Demokraten in diesem Lande. Dieser Herausforderung zu begegnen und die notwendigen Informationen zur Bekämpfung freiheitsgefährdender Bestrebungen zu geben, ist gemeinsa-

mer Auftrag der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

Der Jahresbericht 1976 des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes will unseren Bürgern notwendiges Wissen um diese lebenswichtigen Probleme vermitteln. Denn Verfassungsschutz ist vor allem eine ständige geistig-politische Auseinandersetzung mit den Feinden unserer Freiheit. Wir alle müssen diese Auseinandersetzung führen. Verfassungsschutz ist Bürgerschutz.

Kiel, im Juni 1977

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rudolf Titzck'. The signature is stylized and cursive.

Rudolf Titzck

Innenminister  
des Landes Schleswig-Holstein

	Seite 4	<b>Vorbemerkung</b>
	Seite 5– 6	<b>Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein in der Fassung vom 20. Juli 1973</b>
<b>A</b>	Seite 7–25	<b>Linksextremismus</b>
		1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Hilfsorganisationen
		a Deutsche Kommunistische Partei (DKP) b Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) c Junge Pioniere (JP) d Deutsche Friedens-Union (DFU) e Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und Deutsche Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK)
	2 Neue Linke	
	a Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	
	b Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)	
	c Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	
	d Kommunistischer Bund (KB)	
	3 Entwicklung linksextremistischer Bestrebungen an den Hochschulen und Schulen des Landes	
<b>B</b>	Seite 27–34	<b>Rechtsextremismus</b>
		1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 2 Junge Nationaldemokraten (JN)

- 3 Wiking-Jugend (WJ)
- 4 Neonazistische Gruppen

---

# C

Seite 35-44

**Aktivitäten politischer Extremisten und ihre Einflußnahme auf den Widerstand gegen den Bau des Kernkraftwerkes (KKW) in Brokdorf**

---

# D

Seite 45-48

**Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern**

---

# E

Seite 49-52

**Spionageabwehr**

---

# F

Seite 53-55

**Geheimschutz**

---

Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde ist wie jede andere staatliche Tätigkeit an Gesetz und Recht gebunden. Grundlagen für ihre Arbeit sind das Grundgesetz und das schleswig-holsteinische Verfassungsschutzgesetz aus dem Jahre 1950 in der Fassung vom 20. Juli 1973.

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1976 soll einen Überblick über den Links- und Rechtsextremismus sowie die Spionageabwehr und den Geheimschutz vermitteln. Er enthält offen verwertbare Erkenntnisse aus den wesentlichen Arbeitsbereichen des Verfassungsschutzes. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der Linksextremismus bildet weder ideologisch noch faktisch ein einheitliches Lager. Rivalitäten sowohl zwischen den orthodoxen Kommunisten Moskauer Prägung und der »Neuen Linken« als auch zwischen den einzelnen Gruppierungen der »Neuen Linken« sind nach wie vor kennzeichnend für die Situation.

Stärkste Kraft im Linksextremismus ist weiterhin die DKP. Die Gruppierungen der »Neuen Linken« zeichnen sich wie in den Vorjahren durch ihre Neigung zur Gewalt aus.

An den Hochschulen des Landes ging der Einfluß der Linksextremisten zurück.

Der Rechtsextremismus verlor weiterhin an Bedeutung. Die NPD befindet sich in einem desolaten Zustand. Neonazistische Kreise versuchten erneut, durch spektakuläre Aktionen Aufmerksamkeit zu erregen.

Alle Gruppierungen des Linksextremismus versuchten – teilweise mit Erfolg – die Anti-Kernkraftbewegung für ihre weitergehenden revolutionären Ziele zu nutzen und – ebenso wie Teile der Rechtsextremisten – den Bürger in eine Konfrontation zum Staat zu treiben.

Die große Zahl erkannter Spionageaufträge bewies erneut das starke Interesse des Ostblocks an der Ausforschung von Staatsgeheimnissen, Technologien und Produktionsmethoden des Westens. Neue Ermittlungsmethoden der Verfassungsschutzbehörden haben zur Festnahme einer größeren Zahl von Agenten durch die Strafverfolgungsbehörden geführt.

An der Notwendigkeit eines möglichst lückenlosen und wirksamen vorbeugenden Geheimschutzes kann deshalb kein Zweifel bestehen.

**§ 1**

**Zuständigkeit**

(1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen. Verfassungsschutzbehörde ist der Innenminister. Er unterhält für diese Aufgaben eine besondere Abteilung.

(2) Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Innenminister tätig werden.

**§ 2**

**Aufgaben des Verfassungsschutzes**

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirkt die Verfassungsschutzbehörde mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,

3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde berät die Dienstbehörden bei Entscheidungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes und entsprechenden tarifrechtlichen Regelungen.

**§ 3**

**Befugnisse und Zusammenarbeit mit anderen Behörden**

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, ist die Verfassungsschutzbehörde berechtigt, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen und dabei nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen der Verfassungsschutzbehörde nicht zu. Sie darf einer polizeilichen Behörde oder Dienststelle

nicht angegliedert werden.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung sie zur Durchführung ihrer Aufgaben für erforderlich hält, von allen Behörden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und den sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen.

(3) Alle Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auch unaufgefordert alle Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über Bestrebungen zu vermitteln, welche die Voraussetzungen des § Abs. 1 erfüllen.

(4) Die Gerichte und Behörden des Landes und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

#### **§ 4**

##### **Bedienstete**

Mit Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde darf nur betraut werden, wer nach seiner Persönlichkeit und nach seinem Verhalten die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintritt. Zum Leiter der Abteilung für Verfassungsschutz darf nur berufen werden, wer die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz besitzt.

#### **§ 5**

##### **Durchführung**

Die Landesregierung kann die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.

#### **§ 6**

##### **Inkrafttreten\*)**

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

\*) Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes in seiner ursprünglichen Fassung vom 30. Mai 1950 (GVOBl. Schl.-H. S. 223). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen ergibt sich aus dem Änderungsgesetz vom 11. Juli 1973 (GVOBl. Schl.-H. S. 271).

---

# Linksextremismus

**A**

## Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Nebenorganisationen

Die DKP folgt der ideologischen und politischen Linie der KPdSU und der SED. Wegen ihrer festgefügteten Organisation, der Diszipliniertheit und des Engagements ihrer Funktionäre, aber auch ihres taktischen Geschicks, die wahren Ziele zu verschleiern, sind die DKP und ihre Nebenorganisationen (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Junge Pioniere usw.) als besonders gefährliche Organisationen des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland anzusehen.

a

### Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die DKP verbreitet in der Bundesrepublik Deutschland das Ideengut der Sowjetideologie und arbeitet auf ein Gesellschaftssystem ostdeutscher Verfassung (»Modell des verwirklichten Sozialismus«, »Herrschaft der Arbeiterklasse«) hin. Die im Jahre 1968 gegründete DKP hat nach eigenen Angaben rd. 42 000 Mitglieder und ist in 12 Bezirksorganisationen gegliedert. Der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein gehören etwa 1400 Mitglieder an. Sie gliedert sich in 12 Kreisorganisationen, 34 Orts- und Stadtteilgruppen, 4 Betriebsgruppen und eine Hochschulgruppe. Bezirksvorsitzender der Partei ist Ewald STIEFVATER, Wedel.

Zentrales Publikationsorgan ist die Tageszeitung »Unsere Zeit« (UZ).

Unter der Losung »Für Frieden – Freiheit – Sozialismus, Recht auf Arbeit – Preisstopp und Freiheit durch Sozialismus« will die Partei Einfluß in allen Bereichen der Gesellschaft erreichen. Schwerpunkte ihrer Agita-

tion im Jahre 1976 waren die »Berufsverbote« im öffentlichen Dienst und die Jugendarbeitslosigkeit. Daneben befaßte sie sich in zahlreichen Publikationen und öffentlichen Veranstaltungen mit allgemein interessierenden Themen wie Bildungspolitik, Gesundheitswesen, Rentenfinanzierung.

Hinzu kam gegen Ende des Jahres das Thema Kernkraftwerke. Dazu wurde erklärt, die DKP sei für die Mobilisierung der einheimischen Energiereserven, besonders der Kohle. Solange die Sicherheit der Menschen, der natürlichen Umwelt und die Entsorgung nicht gewährleistet seien, dürfe kein Kernkraftwerk gebaut werden. Die DKP unterstützte die Forderungen der Bürgerinitiativen und betonte, sie habe von Anfang an an deren Seite gestanden. Ihre Mitglieder arbeiteten »selbstlos, aktiv und konstruktiv in diesen Bewegungen mit«. Während sie dabei den Bau von Kernkraftwerken in der von ihr als Vorbild gepriesenen DDR verschweigt, ist in einer Zeitung ihrer Westberliner Schwesterorganisation SEW die Fließbandproduktion von Kernkraftwerken in der Sowjetunion in höchsten Tönen gepriesen worden. Die DKP vertritt den Standpunkt, Atomkraftwerke seien sicher nur unter der Herrschaft der Arbeiter.

Für den erheblichen Propagandaaufwand, den die Partei auch 1976 betrieb, reichen die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen und Spenden nicht aus. Die DKP erhielt daher erhebliche Zuwendungen von der SED. Diese belaufen sich auf rund 30 Mill. DM jährlich. Hinzu kommen rund 70 Mill. DM für die Nebenorganisationen der DKP, die kommunistisch beeinflussten Organisationen und für sonstige, von der SED ge-





steuerte Aktionen. Dem steht laut Veröffentlichung im Bundesanzeiger eine angebliche Eigenfinanzierung der DKP in Höhe von 12,3 Mill. DM gegenüber.

Dennoch ist es der DKP in Schleswig-Holstein nicht gelungen, ihren Einfluß auszubauen. Dies gilt insbesondere für die Bemühungen in den Betriebsgruppen. Auch die Mitgliederzahl stagniert in letzter Zeit. Bei der Bundestagswahl im Oktober erreichte die Partei nur 0,2% der Zweitstimmen, während der Bundesdurchschnitt bei 0,3% lag. Dessen ungeachtet setzten die Funktionäre der DKP ihre Bemühungen um gemeinsame Aktionen im Rahmen der Bündnispolitik fort.

In ihrem Kampf für den Kommunismus wird die DKP von Nebenorganisationen und kommunistisch beeinflussten Organisationen unterstützt.

## **b** **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)**

Die SDAJ, im Jahre 1968 gegründet, ist die Jugendorganisation der DKPe. Viele ihrer Mitglieder gehören gleichzeitig der DKP an. Nach eigenen Angaben hat die SDAJ 33 000 Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland; diese Zahl ist jedoch überhöht. Die tatsächliche Mitgliederzahl dürfte bei rund 14 000 liegen, wovon rund 400–500 auf Schleswig-Holstein entfallen. Der Landesverband Schleswig-Holstein gliedert sich in Kreisverbände und rund 30 Orts- bzw. Stadtteilgruppen. Daneben bestehen einige Betriebs- und Schülergruppen. Der Landesvorsitzende der SDAJ ist Heinz STEHR, Langwedel.

Zentralorgan ist das monatlich

erscheinende Jugendmagazin »elan«.

Die SDAJ hat im Dezember 1976 ein »Aktionsprogramm für die fünf Grundrechte der Jugend« beschlossen. In einer Broschüre der SDAJ-Landesleitung wurde das »Forderungsprogramm der SDAJ Schleswig-Holstein zur wirkungsvollen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit« veröffentlicht. Darin heißt es:

**»Die Jugend braucht den Sozialismus! Grundsätzlich sind Arbeitslosigkeit und damit auch die Jugendarbeitslosigkeit erst durch die Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und werktätigen Bevölkerung zu erreichen. ...Das Beispiel der DDR und der Sowjetunion, der gesamten sozialistischen Staaten wirkt auf die Jugend unseres Landes... Die SDAJ will den Sozialismus! Die Veränderung der Machtverhältnisse ist eine langfristige Aufgabe, sich durchzusetzen erfordert jedoch schon heute den organisierten gemeinsamen Kampf für die Interessen der Jugend...«**

Für diese und ihre weiteren Vorstellungen wirbt die SDAJ in Gewerkschaften, Betrieben, Jugendzentren, Schulen und in von ihr gesteuerten »Arbeitskreisen demokratischer Soldaten« (ADS). Sie betreibt Öffentlichkeitsarbeit durch Flugblattverteilung, Informationsstände und sonstige kleinere Aktionen sowie durch eine ganze Reihe von Orts-, Betriebs- und Schülerzeitungen. Die SDAJ betont – wie die DKP – ihre »freundschaftliche Verbundenheit« mit der DDR und den anderen »sozialistischen Ländern«, deren Gesellschaftssysteme sie uneingeschränkt auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen möchte.

Wie in den Vorjahren fand auch 1976 eine Reihe von Delegations- und Studienreisen von Funktionären in die DDR statt. Daneben haben SDAJ-Funktionäre wiederum an mehrmonatigen Schulungen in Ost-Berlin und Moskau teilgenommen.

Die SDAJ kann weder ihre hauptamtlichen Funktionäre noch die Kosten für die umfangreichen Werbeaktionen allein aus den Mitgliederbeiträgen bestreiten. Ihr Finanzaufwand wird daher im wesentlichen durch Zuwendungen der SED gedeckt.

Unzureichende Aktivitäten, der Mangel an Führungskräften sowie das unbefriedigende Wahlergebnis der DKP führten in Schleswig-Holstein zur Resignation vieler Mitglieder der SDAJ. Die Arbeit in den Gruppen ist vielfach durch Rivalität der Mitglieder erschwert. Dies hat auch 1976 zu einer weiteren Lähmung der politischen Arbeit der SDAJ-Gruppen beigetragen.

### c

#### **Junge Pioniere (JP)**

Im Jahre 1973 hatte die DKP die Gründung einer Kinderorganisation beschlossen. Daraufhin waren im Juni 1974 in Bochum die »Jungen Pioniere« für Kinder von 6 bis 14 Jahren gegründet worden mit einer eigenen Kinderzeitschrift »Willibald«. Die »Jungen Pioniere« wollen »als Freunde der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend an der Seite derjenigen stehen, die für Frieden, Demokratie und Sozialismus eintreten«. In den Erklärungen der »Jungen Pioniere« heißt es, man stimme mit den Zielen der DKP überein und wolle durch das Tragen eines roten Halstuches zum Ausdruck bringen,

daß man sich den Kindern in der DDR und der Sowjetunion verbunden fühle.

In Schleswig-Holstein sind etwa 100–150 Kinder in mehreren Gruppen organisiert, die von DKP- bzw. SDAJ-Funktionären angeleitet werden. Mit Kinderfesten, Lagern, Wanderungen, Basaren und Gruppennachmittagen will die Organisation die Mitglieder an sich binden und neue Kinder werben. So nahmen an einem Pfingstlager in Ascheberg etwa 200 Kinder teil.

Wie in den fünfziger Jahren (»Frohe Ferien für alle Kinder«) wird wieder für »Kinderferien in der DDR« und in anderen Ostblockstaaten geworben. Die preisgünstigen Ferienreisen stehen unter dem Motto »Wir fahren in ein kinderfreundliches Land«. Obwohl 1976 rund 4500 Plätze zur Verfügung standen, nahmen nur 2500 Kinder an den Ferienlagern teil, davon aus Schleswig-Holstein etwa 100 Kinder.

Nach einer zunächst erfolgreichen Aufbauphase der Organisation ist es 1976 in Schleswig-Holstein nicht zur Gründung neuer Gruppen gekommen. Nach wie vor sehen SDAJ und DKP jedoch in den »Jungen Pionieren« ein Mitgliederreservoir. Die DKP zeigt damit, dem SED-Vorbild folgend, daß sie keine Bedenken hat, einseitig auf noch nicht urteilsfähige, sehr junge Menschen im Sinne des Marxismus-Leninismus parteipolitisch einzuwirken.

### d

#### **Deutsche Friedens-Union (DFU)**

Eine weitere kommunistisch beeinflusste Organisation ist die im Jahre 1960 gegründete Deutsche Friedens-Union. Funktionäre der 1956 verbotenen KPD haben sie auf-

# elan

## DAS JUGEND MAGAZIN



Werere Themen  
sailor in oobere  
Café  
17 und ohne Trauung  
Strategie-Diskussion  
zur Jugendpolitik

elan-  
Aktions  
1.-6. November

Spende: 0,20 DM  
Nummer 3/76



# Willibald

Zeitung der  
Jungen Pioniere



Willibald

INHALTS

**DIE JUNGE GARDE**  
ZEITUNG DER SDAJ-PREISE  
August 76

Wohin mit uns?

**SAJ** **Wackfus**  
ZEITUNG LUTJENBURG  
Jahrgang 6 - Nr. 6  
Juli/August 1976

5 OFFIZIERE

**SAJ** **Rot-Stift**  
Zeitung der  
SDAJ Pinneberg  
GEMEINSAM GEFÜHRT

**SAJ** **Rot-Stift**  
SDAJ-ZEITUNG FÜR LEHRER\*LEHRERIN\*  
JUNGEN\*LEHRER\* DER SDAJ  
JAHRGANG 8  
MÄRZ 76

**Jugendvertreter-  
wahl**

**ROTE AMEISE** Nr. 22  
MÄRZ 76  
SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND - NORDERSTEDT

**MOTOR**  
JUGENDZEITUNG DER  
SDAJ-GRUPPE BARMSTEDT

**JUNGHENRICH**  
9.30 Uhr Montag  
S-Bahn Westschlesien  
iale Sicherheit des

DIESE ZEITUNG IST DEIN PERSÖNLICHES EIGENTUM ABNEHMEN UNERLAUBT  
**ZEITUNG  
DES ADS  
BAD SEGEBERG**  
EXTRA  
**ACHTUNG!**

**activ**  
Berufsschulzeitung der SDAJ  
2. Jahrgang  
Nov. 1976

**QUE SCHLAGER** Nr. 27  
ARBEITSKREIS DEMOKRATISCHER SOLDATEN  
Diese Zeitung ist Dein persönliches Eigentum  
Nicht abnehmen lassen!

Diese Zeitung ist Dein Eigentum!  
Nicht abnehmen lassen!  
**activ**  
für Soldaten  
Lebers  
Weihnachts-  
geschenk

**Uns der geht  
Hut hoch !!**  
Wir fordern  
höheren  
Wehrgeld!

gebaut und angeleitet.

Die DFU hat derzeit etwa 3000 Mitglieder im Bundesgebiet (Schleswig-Holstein ca. 350). Ihr Sprachrohr ist die »Deutsche Volkszeitung« (Wochenaufgabe ca. 40 000). Die politischen Aktivitäten der DFU gehen meist vom DFU-Landesvorstand aus. In geringem Umfang führen die Bezirksverbände Flensburg und Lübeck Veranstaltungen durch. In programmatischen Erklärungen wirbt die DFU für ihr Ziel, »eine reale Demokratie, in der der antifaschistische, antimonopolistische und antimilitaristische Auftrag des Grundgesetzes und der Länderverfassungen verwirklicht ist«.

Durch eine Flut von Publikationen und über die von ihr gegründeten Arbeitskreise für Bildung, Abrüstung und Mittelstandsfragen sowie durch die maßgebliche Beteiligung an der »Berufsverbots«-Kampagne ist die DFU bemüht, in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen. Sie versteht sich (seit Gründung der DKP 1968) als eine Sammlungsbewegung für bürgerliche Kreise, die mit der Politik der im Parlament vertretenen Parteien unzufrieden sind. Sie unterstützt die Ziele der DKP und vertritt insbesondere deren kommunistische Deutschlandpolitik. Trotz ihrer schmalen Aktivistenbasis besitzt die DFU eine starke, z. T. hauptamtliche Funktionärsschicht. Damit zählt sie zu den aktivsten Organisationen im Rahmen der kommunistischen Bündnispolitik.

e

**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)**

und

**Deutsche Friedensgesellschaft/  
Vereinigte Kriegsdienstgegner  
(DFG/VK)**

VVN-BdA und DFG/VK zählen zu den kommunistisch beeinflussten Organisationen. Das ursprüngliche Anliegen der VVN war es, Ansprüche der Verfolgten des Naziregimes zu vertreten. In den vergangenen Jahren hat sich die Organisation jedoch verstärkt den politischen Forderungen der DKP zugewandt. Die VVN hat noch etwa 10 000 Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (Schleswig-Holstein rund 400). Sie gibt die Wochenzeitung »die tat« heraus. An der geringen politischen Bedeutung dieser Vereinigung wird sich auch künftig nichts ändern.

Die DFG/VK ist Mitglied der »War Resisters International« mit ca. 20 000 Anhängern in der Bundesrepublik Deutschland. Auch in Schleswig-Holstein existieren einige Gruppen. Die Funktionäre beraten Kriegsdienstverweigerer und veranstalten Vorträge über Abrüstung, Gewaltverzicht, friedliche Koexistenz, Militarismus, Kolonialismus, Antikommunismus u. a. Themen. Auch die Arbeit dieser kommunistisch beeinflussten Organisation ist in Schleswig-Holstein nur von geringer Bedeutung.

### **Neue Linke**

Unter dem Sammelbegriff »Neue Linke« werden in erster Linie Organisationen maoistischer Ideologie zusammengefaßt, aber auch solche trotzkistischer, anarchistischer oder sog. undogmatischer u. a. Ausrichtung. Auch 1976 bestand die »Neue Linke« aus zahlreichen sich befühenden Gruppierungen. Die maoistisch-kommunistischen Parteien

und Bünde blieben nach den orthodoxen Kommunisten (DKP und Nebenorganisationen) die stärkste politische Kraft im Linksextremismus. Gemeinsam ist allen Gruppen die Ablehnung der als »revisionistisch« bezeichneten Linie des moskauorientierten Kommunismus. Sie bekennen sich in der Mehrzahl freimütig zur Zerschlagung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Wege des bewaffneten Kampfes. Auch hierin liegt ein Unterschied zur DKP, die davon ausgeht, daß ihre verfassungsfeindlichen Ziele gegenwärtig durch gewaltsame Aktionen nicht zu erreichen sind.

#### **a** **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**

Die im Februar 1970 von Funktionären des SDS in Berlin gegründete »Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation« (KPD/AO) hatte sich im Juli 1971 als »Kommunistische Partei Deutschlands« (KPD) konstituiert. Sie bezieht ihre Mitglieder und Sympathisanten im Bundesgebiet auf 5000. Die Zahl der Sympathisanten überwiegt die Zahl der eigentlichen Mitglieder erheblich. Die Mitgliederentwicklung stagniert. Der KPD gelang es auch 1976, bei ihren Aktionen bis zu 5000 Teilnehmer zu mobilisieren, so z. B. während einer zentralen Wahlveranstaltung im September in Köln. In Schleswig-Holstein verfügt die KPD über rund 100 Anhänger. Der KPD ist es bisher nicht gelungen, Ortsgruppen in Schleswig-Holstein aufzubauen. Unter den Mitgliedern der KPD befinden sich Professoren, Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer und Künstler.

Zentralorgan ist die Wochenzei-

tung »Rote Fahne«.

Aufgrund ihrer organisatorischen Schwächen entfaltet die KPD in Schleswig-Holstein nur geringe Aktivitäten. Schwerpunkt ist dabei Kiel. Die Partei nahm 1976 erstmalig an einer Bundestagswahl teil. Bei ihrem Wahlkampf in Schleswig-Holstein war sie auf die Hilfe von Wahlhelfern aus anderen Bundesländern (Hamburg u. Berlin) angewiesen. Sie erreichte 833 = 0,0% der Zweitstimmen. (Landtagswahl 1975: 699 = 0,0%).

Wie in den Vorjahren trat die KPD auch 1976 durch Gewalttätigkeiten in Erscheinung. Neben der KPD/ML stellte sie das größte Potential an militanten Teilnehmern an der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf am 13. 11. 1976.

Die Partei stützt sich auf zahlreiche von ihr gesteuerte Nebenorganisationen und Komitees. Die wichtigsten Nebenorganisationen sind:

**»Kommunistischer Jugendverband Deutschlands« (KJVD)**  
**mit dem Organ**  
**»Kämpfende Jugend«,**

**»Kommunistischer Studentenverband« (KSV)**  
**mit dem Organ**  
**»Dem Volke dienen«,**

**»Liga gegen den Imperialismus«**  
**mit dem Organ**  
**»Internationale Solidarität«,**

**»Rote Hilfe e.V.«**  
**mit dem Organ**  
**»Rote Hilfe«.**

Von diesen Organisationen sind in Schleswig-Holstein nur der

»Kommunistische Studentenverband« und die »Liga gegen den Imperialismus« in Erscheinung getreten. Offiziellen Verlautbarungen der Partei zufolge erfolgt die Finanzierung der Parteiarbeit aus Beiträgen, Spenden und Überschüssen von Parteieinrichtungen. Dies erscheint glaubhaft, wenn man die ungewöhnlich hohen Mitgliedsbeiträge, die Opferbereitschaft ihrer hauptamtlichen Funktionäre und die hohe Spendenfreudigkeit ihrer Mitglieder berücksichtigt.

**b**

### **Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)**

Die KPD/ML hat nach ihrer Gründung im Jahre 1968 trotz zahlreicher Richtungskämpfe und Fraktionsbildungen die Parteiorganisation gestrafft. Die Zahl ihrer Mitglieder, gegenwärtig ca. 800 im Bundesgebiet, konnte sie aber nicht wesentlich erhöhen. Der KPD/ML ist es bei ihren Veranstaltungen jedoch wiederholt gelungen, ein Mehrfaches an Sympathisanten zu mobilisieren. In Schleswig-Holstein sind ca. 350 Mitglieder und Sympathisanten in Ortsgruppen und Stützpunkten in Kiel, Lübeck, Neumünster, Schleswig, Flensburg und im Raum Dithmarschen organisiert. Kiel bildet nach wie vor die Hochburg der KPD/ML im Lande. Bei den Mitgliedern handelt es sich überwiegend um Arbeiter und Angestellte. Aber auch Lehrer und Ärzte gehören der KPD/ML an. Säuberungen in den eigenen Reihen führten 1976 vermehrt zu Parteiauschlüssen.

Zentralorgan ist die Wochenzeitung »Roter Morgen«.

In der Parteitätigkeit hat die Be-

triebsarbeit Vorrang. In Schleswig-Holstein sind 11 aktive Betriebsgruppen der KPD/ML mit Schwerpunkten in Kiel bekannt. Sie geben mehr oder weniger regelmäßig Betriebszeitungen heraus. 1976 wurden mehrere Betriebsratsmitglieder der KPD/ML aus Betrieben entlassen. An der Bundestagswahl beteiligte sich die Partei nicht, sondern rief in Flugblättern, die in millionenfacher Auflage verteilt wurden, zum Wahlboikott auf. In einer ebenfalls in hoher Auflage verbreiteten Grundsatzklärung wurde »für ein vereintes, unabhängiges sozialistisches Deutschland« geworben.

Die KPD/ML versuchte auch 1976, über Nebenorganisationen ihren politischen Einfluß zu erweitern.

Die »**Rote Garde**« ist die Jugendorganisation der KPD/ML und arbeitet unter deren Führung und Zielsetzung. Stützpunkte befinden sich in Kiel, Lübeck, Neumünster, Rendsburg und Schleswig mit zusammen rund 100 Mitgliedern. Ihre Arbeit unter Jugendlichen in Betrieben, Schulen, Jugendzentren und in der Gewerkschaft stagnierte. Die Roten Garden haben 1976 nur wenige selbständige Aktionen durchgeführt. Sie beteiligten sich in der Regel an Aktivitäten der KPD/ML. Entsprechendes gilt für die Kinderorganisation »Rote Pioniere«, die sich auch in Schleswig-Holstein im Aufbau befindet.

Als Sektion der Roten Garde arbeitet der »**Kommunistische Studentenbund/Marxisten-Leninisten**« an Hochschulen und Universitäten. Das Zentralorgan der Roten Garde, »Die Rote Garde« erscheint monatlich als Beilage zum »Roten Morgen«.

Die »**Rote Hilfe Deutschlands**«

ist in Schleswig-Holstein durch Ortsgruppen in Kiel, Lübeck und Neumünster vertreten. Sie vertrat in ihren Schriften (monatliches Publikationsorgan: »Rote Hilfe) die Politik der KPD/ML und beteiligte sich an deren Aktionen. Ihre Aufgabe sieht die Rote Hilfe u. a. darin, verurteilte oder inhaftierte Anhänger der KPD/ML und andere Revolutionäre aus dem In- und Ausland solidarisch zu unterstützen. Zu diesem Zweck führte sie Protestaktionen und Spendensammlungen durch. Bei Demonstrationen stellte sie der KPD/ML einen Sanitätstrupp zur Verfügung.

Auch 1976 neigte die KPD/ML bei ihren Aktionen zur Gewaltanwendung. Sie zählte zu den militantesten kommunistischen Gruppen, die sich an den gewaltsamen Ausschreitungen während der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf am 13. 11. 1976 beteiligten.

Der KPD/ML dürfte es auch künftig nicht gelingen, ihre Anhängerschaft und ihre Aktivitäten im Lande wesentlich zu verstärken. Nach wie vor fordert sie ihre Anhänger auf, sich in der Öffentlichkeit zur Partei zu bekennen. Das legt die Vermutung nahe, daß sie die Entlassung ihrer Mitglieder aus Betrieben, Gewerkschaften und öffentlichem Dienst billigend in Kauf nimmt, um bedenkenlose Revolutionäre an sich zu binden.

### c

#### **Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)**

Der 1973 gegründete KBW verfügte 1976 über etwa 2300 Anhänger im Bundesgebiet. In Schleswig-Holstein sind etwa 380 Personen Mitglied des KBW. Mehr als die Hälfte

der Mitglieder im Lande (ca. 220) sind Studenten und gehören der sogenannten Massenorganisation der **Roten Zellen** an den Hochschulen des Landes an. Gegenwärtig ist der KBW in folgenden Städten des Landes vertreten: Kiel, Plön, Preetz, Lübeck, Norderstedt, Quickborn/Ellerau, Elmshorn, Itzehoe, Heide, Husum, Flensburg, Eckernförde, Rendsburg, Pinneberg und Neumünster. Die Mitglieder sind in fast allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens vertreten. Besonders hervorzuheben sind Lehrer, Anwälte und Ärzte, die dem Kommunistischen Bund Westdeutschland in überdurchschnittlich hoher Anzahl angehören.

Zentralorgan ist die Wochenzeitung »Kommunistische Volkszeitung«.

Der KBW führt seit seiner Gründung militante Aktionen durch. Die Zahl der Straftaten, die im Rahmen von KBW-initiierten Demonstrationen begangen wurden – etwa aus Anlaß von KVAG-Fahrpreiserhöhungen – läßt sich kaum noch feststellen. Seit Jahren erfolgen Farbschmierereien und wildes Plakatieren aus den unterschiedlichsten Anlässen. Insbesondere wurde die Reform des § 218 StGB vom KBW genutzt, um eine breite Kampagne zu entfachen. Er führte auch wiederholt Straßensammlungen für revolutionäre Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt durch. Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes war eine deutliche Zunahme gewalttätiger und gewaltfreier Aktivitäten (z. B. Nötigungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzungen, Störungen und Ordnungswidrigkeiten) zu verzeichnen.

Im Rahmen der Demonstrationen

China: „Ein großer Sieg von historischer Bedeutung“ (Seite 3)

Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereint Euch!



# ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)  
WOCHEKATZE  
6 2010 C

Haarles will  
weiter Herrschaft  
suchen

Bräuter Polzeibärbel auf die Bräute des Brautpaares für ein Atomkraftwerk

## Solidarität mit dem Kampf in Brokdorf!



Tätigen - Polzeibärbel gegen Studenten Seite 4 11 22358 4

# DIE ROTE GARDE



## Im Ernstfall Kanonenfutter

Im nächsten Jahr werden sich überall in Westdeutschland die Gefährten mit politischen Gefangenen treffen. Solidarität mit den Opfern Justizterrors!

PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!  
Wochenzeitung Nr. 21903 C  
2. Dezember 1978 42 x 50 Nr. 30 774

# kommunistische volkszeitung

Die Kapitalisten durch die Kraft der Arbeiter zurück schlagen

Das Volk von Zimbabwe befreit sich im bewaffneten Kampf



# Rote Hilfe

Nieder mit der bürgerlichen Massenjustiz!



Programm der KPD/ML (Entwurf) erschienen Seite 6 11 2752 C1

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Moralisten-Leninisten

30 000 im Kampf gegen das KKW Brokdorf

## „Wir kommen wieder!“

Delegation der KPD/ML vom 7. Parteitag der PAA zurückgekehrt



Zur Außenpolitik der Sowjetunion S.40



# Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

# Blinkfüer

FRAUEN: „PSYCHOTEST“ IN LÜBECK S.3  
WIRD NOV. 70-000 Zeitung der Kommunistischen Bundes für Schleswig-Holstein  
BROKDORF WAR NUR DER ANFANG



## Polizeistaat in Aktion



KPD/ML



# DAS BOLLWERK

Kommunistische Betriebszeitung für die Arbeiter und Angestellten der AGG



# DER KOMPASS

Kommunistischer Bund Westdeutsche Länder

## Nieder mit den



# DER ROTE FUNKE

BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML FÜR DIE ARBEITER UND ANGESTELLTEN DER AGG



# DAS RUDER

Kommunistischer Bund Westdeutschland



# DER ROTE HELLER

BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML

# ROTER LAUTSPRECHER



Verantwortung der KPD/ML



# Das SCHWUNGRAD

NR. 1

# Kämpfende Klinik



KPD/ML



# Der Metallarbeiter

ERBSATZ WISSEN

# DAS ROTE S

Betriebszeitung des Kommunistischen Bundes

# Metaller Extra

Zeitung des Kommunistischen Bundes für die Kleinen Metallkollegen

# WIMMERSATT!



# DER MOTOR

Betriebszeitung der KPD/ML für die MAK



# DER HAUER

# Der Metallarbeiter

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND FÜR DIE KOLLEGEN DER NEUMÜNSTERANER METALLKOLLEGEN

IM TARIKKAMPF DIE INITIATIVE ERGRIFFEN!  
Keine Prozent- oder Mischforderung!  
1,- DM pro Stunde für alle gleich!

Betriebszeitung der KPD/ML für die Lindenu-Werft  
Kampf für revolutionäre Vertrauensleute!

Verantwortung der Metallarbeiter:  
Montagen 1322 75 19 Uhr  
Wittmoor Eck, c/o Arbeiter-Club

in Brokdorf am 30. Oktober und am 13. November 1976 wurde der KBW in der Militanz von der KPD, der KPD/ML und von sogenannten undogmatischen Gruppen übertroffen. Mit zwei Anschlägen auf Kieslastzüge versuchte der KBW jedoch, sich bei den KKW-Gegnern zu profilieren.

Der KBW finanziert sich durch Spenden und prozentual gestaffelte hohe Beiträge. Anschaffungen größerer Art werden durch Umlagen finanziert. So wurde kürzlich für den Ankauf einer Druckmaschine von jedem Mitglied ein Sonderbeitrag in Höhe von 200,- DM erhoben.

Auch in den nächsten Jahren wird es dem KBW nicht gelingen, bei Wahlen auch nur Scheinerfolge zu erringen (Bundestagswahl 1976: 0,1%). Gleichwohl gebührt dem KBW größte Aufmerksamkeit, stellt er doch gegenwärtig unter den extremistischen Gruppierungen neben KPD und KPD/ML das größte Gewaltpotential dar. Stärker jedoch als die Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung fällt die vom KBW forcierte Unterwanderung gesellschaftlich relevanter Bereiche ins Gewicht. Es ist zur Zeit noch nicht auszumachen, welcher Bereich am stärksten von dieser Unterwanderungstaktik betroffen ist. Es gibt aber Hinweise darauf, daß Lehrberufe einen besonderen Rang einnehmen.

Ähnliche Absichten wie der KBW verfolgt auch die »**Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe**« (GUV), die auf der Grundlage des KBW-Programmes arbeitet und in der sich »die werktätige Intelligenz« zusammengeschlossen hat. Die Gesellschaft, der Juristen, Lehrer, Psychologen, Mediziner und Sozialarbeiter angehören, mißt der dezenten Überzeugungstätigkeit hohe Bedeu-

tung bei. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß durch eine ständige Indoktrinationstätigkeit der GUV-Mitglieder langfristig gefährliche Wirkungen erzielt werden.

#### **d** **Kommunistischer Bund (KB)**

Der 1971 gegründete »Kommunistische Bund« ist in Schleswig-Holstein bisher über ein Zirkelwesen nicht hinausgekommen. Die Zahl der im KB organisierten Mitglieder beträgt etwa 250 (im Bundesgebiet insgesamt ca. 1100). Fast 50% der Anhänger, die meist jünger als 30 Jahre sind, verfügen über Hochschulreife bzw. -bildung. Etwa die Hälfte der Anhängerschaft kommt aus bürgerlichen Kreisen und entrichtet hohe Beiträge und Spenden.

Zentralorgan ist die 14tägig erscheinende Zeitung »Arbeiterkampf«.

In Schleswig-Holstein sind Ortsgruppen in Kiel, Eutin, Lübeck, Flensburg und Kappeln aktiv.

Während der KB im Jahre 1975 durch zahlreiche Gewaltaktionen in Erscheinung getreten war, waren 1976 nur vereinzelte Störaktionen, insbesondere zur Bundestagswahl, festzustellen. Außerdem betätigte sich der KB an militanten Aktionen auf dem Bauplatz des Kernkraftwerks in Brokdorf.

Der »Kommunistische Bund« hat bisher nicht an Wahlen teilgenommen und beabsichtigt dies auch für die nahe Zukunft nicht.

Strukturelle Führungsschwächen und eine weitgehend konspirative Arbeitsweise der Funktionäre und Mitglieder werden auch weiterhin eine wirkungsvolle politische Tätigkeit des KB erschweren.

# KOMMUNISTISCHE STUDENTENZEITUNG



Herausgeber: ROTE ZELLEN KIEL/ML  
DM - 20 Nr. 17/76 22.11.76

DEN KAMPF FÜR DIE NOTWENDIGE DAUFÜG-ERHÖHUNG  
UND DIE VDS-AKTIONSTAGE VORBEREITEN

...Hochschulzeitung...  
...Kampfbanner...  
...Zwang...  
...Hochschulzeitung...  
...Kampfbanner...  
...Zwang...  
...Hochschulzeitung...  
...Kampfbanner...  
...Zwang...

## SOLIDARITÄT

Vorwärts und nicht zurück!

Sozialistische Studentenzeitung

Marburg: 400 Studenten ausgesperrt

Bremen/Werk... g für Asten

## Dem Volke dienen

Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes (KSJ)

5. Jahrgang Nr. 3  
Mai 1976 1,50 DM

## KONSEQUENT

ZEITUNG DES MSB SPARTAKUS AN DER FHS KIEL

H.R.C. und Bafög:

...für unsere demokratischen und sozialen Rechte...  
...- die H.R.C. muss fallen...  
...Streik...  
...OMNIBUS!

# rote blätter

Abendroth  
BfH  
Herburger  
Wandrey  
Zwergen u. a.  
über  
Alfred  
Aundersch  
„Artikel 3(3)“  
Offener Brief  
an alle  
Mitgl.  
des



## Revolutionäres Bündnis

Freitag des 19.11.1976. Beginn der KÖP-ML

Zugendgruppen der KPD/ML

WER WIND SÄT WIRD STURM ERNTEN  
WER STURM SÄT, WIRD IM ORKAN UNTERGEH!

## Im Namen des Volkes

MSB SPARTAKUS

Section Jura

Nr. 2  
Februar  
1976

## UNI-aktuell

MSB SPARTAKUS KIEL

„MAOISTEN IN DER  
BRD - REVOLUTI-  
ONÄRE  
ODER  
HELFER DER REAKTION“

VERANSTALTUNG DES  
MSB SPARTAKUS  
MIT W. GERNS & R. STEIGERWALD  
FREITAG 21.11., 19.30 UHR, 38a

Themen:  
- ANTI-REPRÄSENTATION ALS VERWEIL DER DEN KÖP  
- HERRSCHENDE UND KAMPFBEREIT REAKTION: SIND IN HAUD  
- „SPARTAKUSKAMPF“ IN DER SOZIALISTISCHEN  
... u. a.

## Kieler Fresse

Seit wir den  
JUSO-ATTA haben  
steigert sich mehr  
Recht und Ordnung  
an der Uni...  
Aussch.

Reaktions-Mafia 76

...KIEL-UNIVERSITÄT...  
...REAKTIONEN...  
...UND WIDER...  
...KIEL-UNIVERSITÄT...  
...REAKTIONEN...  
...UND WIDER...

### 3 Entwicklung linksextremistischer Bestrebungen an den Hochschulen und Schulen des Landes

#### a Hochschulen

Insgesamt gesehen fanden die kommunistischen Studentengruppen 1976 weniger Resonanz als 1975. Sie betrieben zwar nach wie vor eine rege Agitations- und Propagandaaarbeit mit Zeitungen, Flugblättern, Büchertischen und Schulungen, wobei Schwerpunkte die Kieler Hochschulen waren, fanden jedoch nur geringen Anklang. Die umworbenen Erstsemester zeigten wenig Neigung, sich linksextremistischen Gruppen anzuschließen.

Spektakuläre Störaktionen mit Gewaltanwendung oder beachtenswerte Demonstrationen waren 1976 nicht zu verzeichnen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die kommunistischen Gruppen – insbesondere der Neuen Linken – ihre Haupt-

anstrengungen der Basisarbeit in sogenannten Fachschafts- bzw. Wahlfachgruppen widmen, in der Hoffnung, so eine größere Massenaarbeit vorbereiten zu können.

Von den rund 20 000 Studenten in Schleswig-Holstein gehörten ca. 300 bis 400 (d.h. etwa 1,5% bis 2%) linksextremistischen Organisationen an. Die Zahl der Wähler kommunistischer Kandidaten bei Studentenparlamentswahlen betrug dagegen nahezu das Zehnfache. Das macht erneut deutlich, daß ein größerer Teil der Studentenschaft kommunistischen Ideen zugänglich ist, ohne selbst dafür offen und aktiv einzutreten.

Der Einfluß der extremistischen Gruppen in den Allgemeinen Studentenausschüssen ist 1976 gegenüber 1975, wie die nachstehende Tabelle ausweist, leicht zurückgegangen.

Die Allgemeinen Studentenausschüsse an den Hochschulen des Landes waren wie folgt besetzt:

Hochschule	Politische Richtung des AStA	
	1976	1975
Universität Kiel	Juso-Hochschulgruppe	Rote Zellen Kiel/ML*
Med. HS Lübeck	SHB-beeinflußt*	SHB-beeinflußt*
PH Flensburg	Juso-Hochschulgruppe	Unabhängige
PH Kiel	Rote Zellen Kiel/ML*	Unabhängige/GEW
FH Flensburg	Unabhängige	Unabhängige
FH Kiel	Juso-Hochschulgruppe	Rote Zellen Kiel/ML*
FH Lübeck	SHB-beeinflußt*	—
Musik-HS Lübeck	Kein AStA	Kein AStA

\*Kommunistische oder prokommunistisch geführte Organe.

## **Stand und Entwicklung der einzelnen linksextremistischen Studentengruppen**

### **Moskauorientierte Linke Marxistischer Studentenbund (MSB) Spartakus**

Der MSB übte wie in den Vorjahren unter den Studenten trotz Unterstützung durch die Mutterpartei (DKP) nur wenig Einfluß aus. In den Studentenparlamenten der Fachhochschule Kiel und der Pädagogischen Hochschule Kiel konnte er einige Sitze erringen. An den Hochschulen in Flensburg und Lübeck wurden keine Aktivitäten des MSB mehr beobachtet.

Der MSB versuchte – teilweise mit Erfolg – punktuelle Aktionsbündnisse mit der Juso-Hochschulgruppe und dem Liberalen Hochschulverband in Kiel herzustellen. Seine Anhängerzahl stagniert bei einer Zahl unter 100.

### **Sozialistischer Hochschulbund (SHB)**

1974 waren die bestehenden SHB-Gruppen in Schleswig-Holstein geschlossen aus dem Bundesverband ausgetreten und hatten sich in »Juso-Hochschulgruppen« umbenannt, da sie nicht mehr bereit waren, den prokommunistischen Kurs des Bundesvorstandes mitzutragen.

Seit Anfang 1976 wurden erneut Aktivitäten einer SHB-Gruppe in Lübeck beobachtet, die sich im Laufe des Jahres konsolidierte und an der Fachhochschule sowie an der Medizinischen Hochschule Fuß fassen konnte. Ihre Mitgliederzahl ist zwar gering, jedoch bestimmen offenbar Anhänger und Sympathisanten die Politik der Organe der studentischen Selbstverwaltung an den genannten

Hochschulen.

### **Neue Linke Rote Zellen Kiel/ML (RZ)**

Diese studentische »Massenorganisation« des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) in Kiel ist mit ca. 200 Anhängern in Schleswig-Holstein die weitaus stärkste Kraft unter den linksextremistischen Studentengruppen geblieben. Der Verlust des Allgemeinen Studentenausschusses an der Universität Anfang 1976 bedeutete eine starke Schwächung für die RZ. Sie hatten über ihn in den fünf vorangegangenen Jahren die kommunistische Politik unter den schleswig-holsteinischen Studenten maßgeblich angeleitet und durch zur Verfügung stehende Studentenschaftsbeiträge mitfinanziert.

Eine nach der Abwahl relativ schnelle Umorientierung führte jedoch zur Einrichtung eines eigenen Büros und zu einer Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit u. a. durch häufigere Herausgabe des Zentralorgans »Kommunistische Studentenzeitung«. Darüber hinaus engagierten sich die Anhänger der RZ intensiver in der Basisarbeit.

Die RZ verfügten über eine beachtliche Anzahl an Sitzen in den studentischen Selbstverwaltungsgremien aller drei Kieler Hochschulen. An der Pädagogischen Hochschule Kiel stellten sie einen Minderheiten-AStA, der sich jedoch seit dem Spätsommer als arbeitsunfähig erwies.

### **Kommunistischer Studentenverband (KSV)**

Der KSV ist die Studentenorganisation der maoistischen KPD. Der KSV ist in Kiel und Lübeck in Er-

scheinung getreten. Seine Aktivitäten waren gering.

### **Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten (KSB/ML)**

Der KSB/ML ist die Studentensektion der Roten Garde, der Jugendorganisation der KPD/ML. Er entfaltete mäßige Aktivitäten an allen drei Kieler Hochschulen, fand aber keinen Anklang in der Studentenschaft. Im Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Kiel war er mit drei Kandidaten vertreten.

### **Studenten im Kommunistischen Bund**

Diese Gruppe hat im Berichtsjahr verstärkt von sich hören lassen. Funktionsgruppen arbeiteten in allen drei Hochschulorten (Flensburg, Kiel, Lübeck).

Bemerkenswert war die Ausweitung der Agitations- und Propagandarbeit insbesondere an der Universität Kiel und der Pädagogischen Hochschule Flensburg sowie eine vermehrte Aktivität in den Fachschaftsgruppen an der Universität.

Den größten Erfolg verbuchten die KB-Studenten zur letzten Jahreswende bei der Studentenparlamentswahl an der Pädagogischen Hochschule Flensburg, wo ein von ihnen maßgeblich beeinflusstes Wahlbündnis (»Liste Demokratischer Kampf« – LDK) 9 von 24 Sitzen gewinnen konnte.

### **Sonstige Gruppen**

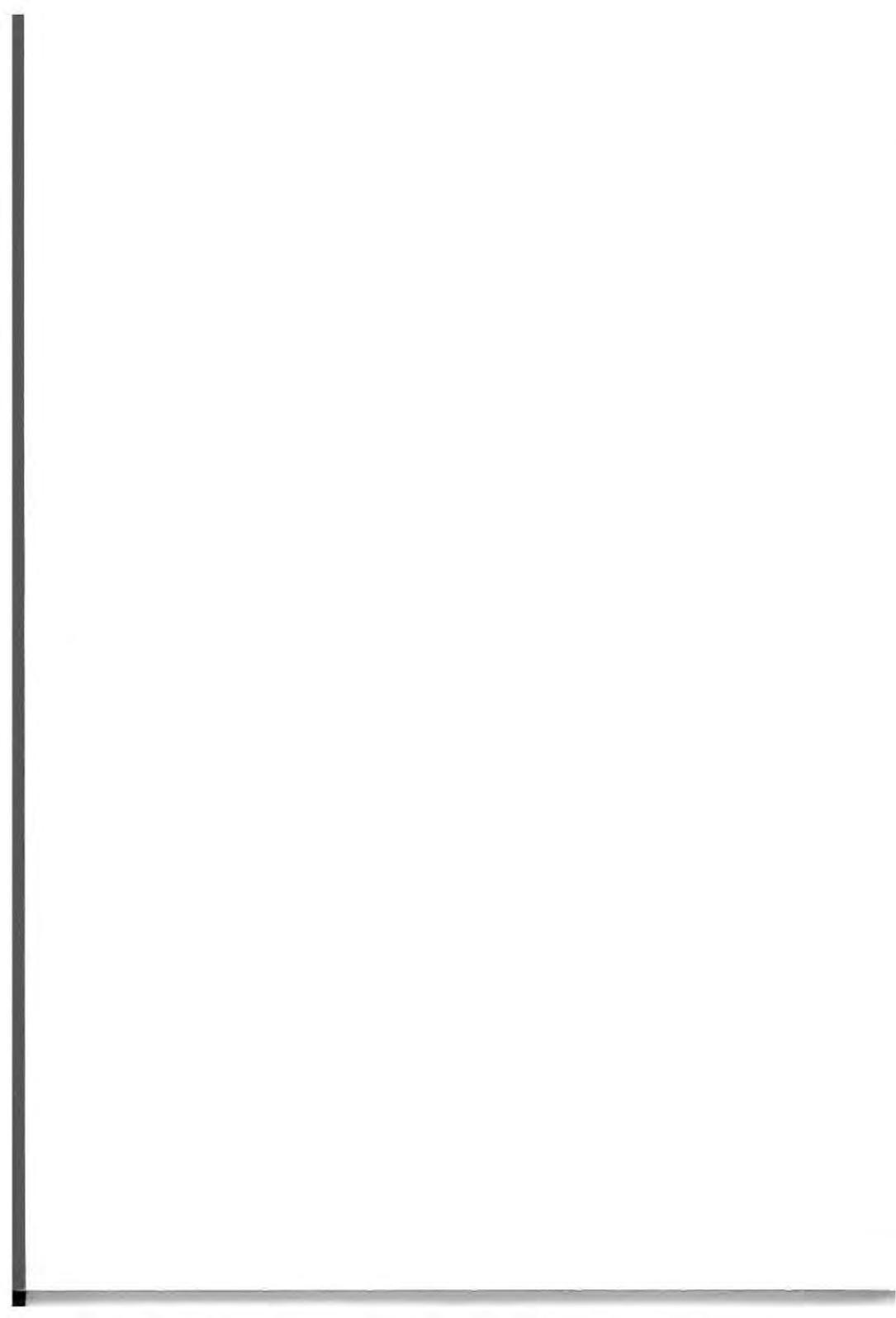
Die »Fachschaftsinitiative« und das »Sozialistische Büro« sind an der Universität Kiel durch die Herausgabe einiger Flugblätter bekanntgeworden. Sie haben versucht, Basisarbeit in den Fachschaftsgrup-

pen in Zusammenarbeit mit den KB-Studenten zu betreiben. Der Einfluß dieser Gruppen ist zur Zeit noch ohne Bedeutung.

### **b Schulen**

Die kommunistischen Kern- und Jugendorganisationen sowohl der moskauhörigen Linken als auch der Neuen Linken haben auch im Berichtsjahr mit wenig Erfolg versucht, Schüler für ihre Politik zu gewinnen. Kommunistisches Propagandamaterial wurde insbesondere vor Berufsschulen und Gymnasien der größeren Städte des Landes verteilt.

Vereinzelt gelang es linksextremistischen Kandidaten, in Gremien der Schülervertretungen gewählt zu werden.



---

# Rechtsextremismus

**B**

## Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD ist nach wie vor die größte rechtsextremistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Sie erkennt zwar in ihrem Parteiprogramm die freiheitlich-demokratische Grundordnung an, jedoch gibt es Anhaltspunkte dafür, daß ihre Zielvorstellungen mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. In der Agitation gegen Erscheinungen der »Verfassungswirklichkeit« stellt die NPD immer wieder die Prinzipien des parlamentarischen Staates in Frage. Sie entwickelt vielfach kollektivistische Vorstellungen und lehnt die pluralistische Gesellschaftsordnung ab. Daraus ergibt sich das Selbstverständnis der NPD als »Alternative zu der derzeitigen liberalistisch-kapitalistischen Ordnung des Westens und der marxistisch-kommunistischen Ordnung des Ostens« (so das monatlich erscheinende Zentralorgan »Deutsche Stimme« Nr. 12/1976).

Bei der Bundestagswahl 1976 erhielt die NPD nur noch 0,3% der Stimmen. (1969: 4,3%, 1972: 0,6%.) Sie hatte mit 0,5% der Stimmen gerechnet. Damit wurde sie auf den Kern ihrer überzeugten Anhänger reduziert.

Die Mitgliederentwicklung der NPD war auch 1976 im ganzen Bundesgebiet rückläufig. Sie ging von ca. 11.000 (1975) auf ca. 10.000 im Jahre 1976 zurück. Dem Landesverband Schleswig-Holstein dürften 1976 noch etwa 700 Mitglieder angehört haben. Hier sind nur noch wenige Kreisverbände funktionsfähig.

Die Inaktivität der Partei ist u. a. eine Folge der ungünstigen Finanzlage. Die Bundes-NPD hat ca. 1,5

Mio. DM Schulden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Vorschüsse zur Finanzierung von Bundes- und Landtagswahlkämpfen. Der Landesverband Schleswig-Holstein ist mit ca. 100.000 DM an das Land verschuldet.

Auch 1976 erschöpfte sich das Parteileben in wenigen, zumeist von den Mitgliedern der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) getragenen Aktionen, so z. B. am 17. Juni ein Deutschlandtreffen in Bonn und Anfang August ein vom Landesverband Hamburg veranstalteter »Kongreß der nationalen Kräfte«. Bei der Veranstaltung in Hamburg kam es zu Zusammenstößen mit Linksextremisten.

Im Mittelpunkt der Parteiarbeit stand der Wahlkampf. Die Parteipresse (»Deutsche Stimme«) hatte bereits Monate vorher auf die nach Meinung der NPD »schicksalhafte Wahlentscheidung« vorbereitet. Die NPD wurde als »moderne Rechtspartei« bezeichnet, die gegen »Fitzokratie und Funktionärsparlament« anzutreten habe (»Deutsche Stimme«). Die NPD sei die glaubwürdige Alternative gegen die staatszerstörende Scheinkonfrontation der Bonner Blöcke«. Diese Konfrontation sei »geheuchelt und Betrug am Wähler«.

Nach den Bundestagswahlen im Oktober 1976 stand fest, daß die Partei ihr Wählerreservoir bis auf einen kleinen Rest verloren hat. Ihr fehlen sowohl ein ansprechendes politisches Alternativprogramm wie auch geeignete Führungspersönlichkeiten. Der NPD kann kaum noch politische Bedeutung zugebilligt werden. Sie muß in Zukunft noch stärker als bisher damit rechnen, daß sie auseinanderbricht. Es gibt Anhaltspunkte für ein tiefes Zerwürfnis im



# DEUTSCHE STIMME

NATIONALDEMOKRATISCHE ZEITUNG

Es führt kein Weg an uns vorbei -  
Deutschland braucht  
die starke Rechtspartei.

**NPD**

## Ab sofort heißt die Lösung:

Nationaldemokratie ist mehr  
als die zufällige Zusammen-  
setzung der beiden Worte  
„National“ und „Demokratie“.

Nationaldemokratie ist die  
Antwort auf Kommunismus  
und Imperialismus. National-  
demokratie ist die Alternative  
zu der derzeitigen liberalis-  
tisch-kapitalistischen Ord-  
nung des Westens und der  
marxistisch-kommunistischen  
Ordnung des Ostens.

Ohne diese in die Zu-  
kunft weisende Idee der  
Nationaldemokratie geht  
Europa insgesamt, ein-  
schließlich der Bun-  
desrepublik Deutsch-  
land, an seiner Inneren  
Unaufrichtigkeit, Un-  
ehrlichkeit, Verlogen-  
heit und Dekadenz zu-

es gilt für jeden, die National-  
demokratie als Erneuerungs-  
bewegung für die Völker Eu-  
ropas und für Deutschland  
insbesondere durchzusetzen.  
Hierauf haben sich Partel-  
organisation und Partelpropa-  
ganda einzustellen; gleiches gilt  
auch für sämtliche Mitglieder  
und Anhänger. Dies bedeutet  
den andauernden Wahlkampf  
zur Durchsetzung der Natio-  
naldemokratie.

grunde. Wir National-  
demokraten aber  
kämpfen für die Zu-  
kunft und müssen des-  
halb das in den Unter-  
gang führende Bank-  
rottssystem von heute  
durch eine bessere Po-  
litik ersetzen.

Dreißig Jahre Bonner Politik haben die Teilung  
Deutschlands nicht überwunden, sondern fest-  
geschrieben. Sie haben die Zukunft nicht siche-  
rer gemacht, sondern ließen uns zu einem ster-  
benden Volk werden. Sterbende aber haben  
keine Zukunft!

Daher:

**Protest gegen  
das Bonner Parteienkartell**

Daher:

**Politik für Deutschland!  
Vorwärts!**

... im Kampf um die  
Neuschaffung des Reiches.

**Gegen Filzokratie u.**

**Funktionärsparlament**

**GERECHTIGKEIT**

**auch für uns**

**DEUTSCHE**



**Protest  
gegen  
Bonn**

**Klar doch: NPD**

Partei Vorstand und eine pessimistische Beurteilung der Parteisituation durch führende Funktionäre.

### **Junge Nationaldemokraten (JN) – Jugendorganisation der NPD**

Die Organisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) wurde 1969 gegründet. In Schleswig-Holstein waren Ansätze bereits 1967 erkennbar. Der Aufbau vollzog sich hier sehr zögernd, weil es immer wieder Meinungsverschiedenheiten mit der NPD über politische Grundsatzfragen gab. Die JN waren stets bestrebt, ein Eigenleben zu entwickeln, während der NPD-Landesvorstand auf Integrierung in die Partei bestand.

Auch 1976 war das Verhältnis zwischen beiden Organisationen getrübt. Landesvorsitzender der JN ist Jobit STOLP, Stolpe.

Die JN veranstalteten eine Reihe von »Aktionstagen«, die hauptsächlich der Wahlwerbung für die NPD dienten. Dabei kam es in Kiel zu tätlichen Auseinandersetzungen mit Anhängern der KPD/ML.

Unter der Bezeichnung »Aktionsgemeinschaft 13. August« führte die JN eine Demonstration an der Demarkationslinie bei Lübeck durch, an der ca. 60 Personen teilnahmen. Die Veranstaltung verlief ohne Störungen.

Ein Mitglied des Landesverbandes Schleswig-Holstein der JN eröffnete in Kiel einen »nationalen Buchladen« unter der Bezeichnung »Sturmwind«. Die junge Generation soll damit nach den Vorstellungen der JN in die Lage versetzt werden, nationale Publikationen, Bücher, Schallplatten und Plakate zu erwerben.

Die JN sind bei aller Distanz zur Mutterpartei dieser dennoch poli-

tisch verbunden und stellen den Kern aktiver Parteianhänger dar.

### **Wiking-Jugend (WJ)**

Die der NPD nahestehende Wiking-Jugend, die junge Menschen »zu Härte und Ausdauer und zum Volkstums- und Reichsgedanken« erziehen will, führt seit Jahren Jugendlager durch. Auch 1976 fand ein solches Sommerlager in der Eifel statt, an dem Mitglieder aus Schleswig-Holstein teilnahmen. Das Lager wurde der Öffentlichkeit dadurch bekannt, daß WJ-Mitglieder Fernsehberichterstatteer tätlich angriffen. Gegen mehrere WJ-Mitglieder – darunter auch ein schleswig-holsteinisches – wurde Strafanzeige erstattet. Die in den Lagern praktizierte paramilitärische Ausbildung und das Absingen nationalsozialistischer Lieder wurden wiederholt auch in der ausländischen Presse behandelt.

Der »Gau Nord« der Wiking-Jugend mit ca. 30 Mitgliedern wird von dem Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Schleswig, Uwe ROHWER, Dörpstedt, geführt. ROHWERS Haus brannte im Oktober bis auf die Grundmauern nieder. Nach seiner Darstellung handelte es sich um Brandstiftung durch KP-Mitglieder. Er wurde im rechtsextremen Lager als Märtyrer gefeiert und erhielt zahlreiche Spenden und Auszeichnungen, so z. B. den von der Deutschen Volksunion gestifteten »Ehrenpreis für politisch Verfolgte«.

Bei der WJ handelt es sich um eine mitgliederschwache Splittergruppe, die national-romantischem Gedankengut anhängt und hin und wieder durch Einzelaktionen an die Öffentlichkeit tritt.

# Kritik

Die Stimme des Volkes

Herausgeber: Thies Christophersen, 2341 Kälberhagen Post Mohrkirch, Telefon (04646) 888

Folge 33

## G. A. Amaudruz Ist Rassebewußtsein verwerflich?

Herausgeber: Thies Christophersen, 2341 Kälberhagen Post Mohrkirch, Telefon (04646) 888

Nr 30

Wilhelm Christiansen

### Demokratie - ein Aberglaube

Unser Demokratieverständnis ist falsch

Die ganze Fragwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie wird klar, wenn man sie mit ihren kleinen Verwandten, den Glücksspielen vergleicht, z.B. mit Toto und Lotto. Diese Spiele haben nur eine endliche Zahl von Kombinationsmöglichkeiten, so daß regelmäßig wenige Spieler zufällig die richtige Lösung finden, während die Mehrheit regelmäßig falsch tippt. In der parlamentarischen Demokratie, mit ihrer unendlichen Fülle politischer Kombinations- und Entwicklungsmöglichkeiten, ist dagegen die Wahrscheinlichkeit, bei den üblichen Wahlen die für alle richtige Lösung zu finden gleich null, d.h., alle gefundenen Lösungen sind mehr oder weniger falsch. Obwohl nun bei den Glücksspielen die falsch tippende Mehrheit der Spieler als Verlierer ausscheidet, wird bei den politischen Wahlen mit den doch gleichartigen Schwierigkeiten, die Meinung der Wählermehrheit nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie, als Wille des Volkes zur Grundlage der Regierungsarbeit erhoben. Eine vernünftige Begründung für die Höherbewertung der Mehrheitsmeinung gibt es nicht. Die Meinung der Minderheit oder gar die eines einzelnen dürfte in der Regel richtiger sein, wie bei Toto und Lotto.

### DIE AUSCHWITZ- LÜGE

Ein Erlebnisbericht von  
Thies Christophersen

## „Der größte Verbrecher aller Zeiten“? ZU HITLERS FINANZIERUNG



VORWORT DES HERAUSGEBERS

Liebe Freunde!

Zweimal verlor unser Volk einen Krieg, und zweimal schenkte man uns „zum Lohn“ oder zum Hohn eine „Demokratie“. Wir sind beflissen bereit, einer wirklichen Demokratie zu dienen.

Ich aber sage es laut und deutlich, ohne mich dessen zu schämen: Ich bin kein Demokrat, wenn das „Demokratie“ sein soll, was wir nazi dem Kriege erlebten!

Wer diese Schrift aufmerksam liest — und begreift, der wird zu der gleichen Erkenntnis kommen. Dieser Staat ist böse, weil er dem Unrecht dient.

Martin Voigt sagt, was wir alle schon längst gefühlt und wohl auch gewünscht haben: DIE VERFASSUNGSFEINDE SITZEN IN BONN!

## Neonazistische Gruppen

Neonazistische Aktivitäten kleiner Gruppen und von Einzelpersonen haben in den letzten Jahren zugenommen. Sie fanden auch 1976 größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Bekannt sind u. a. die »**Deutsche Bürgerinitiative**« (DBI) des **Manfred ROEDER, Bensheim** und die »**Bürger- und Bauerninitiative**« (BBI) des **Thies CHRISTOPHERSEN, Kälberhagen (Krs. Schleswig)**.

ROEDER ist in der Öffentlichkeit durch verschiedene hetzerische Aufrufe bekannt geworden. Er lehnt die Demokratie total ab. In Schriften und Vorträgen wird die Bundesrepublik Deutschland als »Lumpenstaat«, »Freimaurer- und Judenrepublik«, »Lügengebilde« und als »Drecksrepublik« bezeichnet.

In Schleswig-Holstein ist besonders Thies CHRISTOPHERSEN, Kälberhagen, in Erscheinung getreten. In seinem »Kritik-Verlag« und in den Heften »Die Bauernschaft« vertritt er ähnliche Auffassungen wie ROEDER. CHRISTOPHERSEN ist Verfasser der Schriften »Die Auschwitz-Lüge« und »Der Auschwitz-Betrug«. Bezeichnend ist die Schrift »Staatsfeinde und andere Deutsche« von Martin VOIGT, zu der CHRISTOPHERSEN bemerkt: »Die Staatsfeinde sitzen in Bonn, dieser Staat ist böse, weil er dem Unrecht dient.«

Der Leserkreis CHRISTOPHERSENS wird auf ca. 1000 Personen geschätzt, wovon etwa 10% in Schleswig-Holstein leben.

Wegen mehrerer Veröffentlichungen liefern Ermittlungsverfahren gegen CHRISTOPHERSEN. Einige Broschüren wurden beschlagnahmt, so die in seinem Verlag erschienene

Schrift »Der größte Verbrecher aller Zeiten?«, in der u. a. die These vertreten wird, das »Weltjudentum« habe Hitler finanziert, um Deutschland in den 2. Weltkrieg zu »manövrieren«. Die Schrift enthält nationalistische, rassistische und antisemitische Tendenzen. Als Blickfang auf der Titelseite erscheint das Bild Hitlers, der als »Führer« verherrlicht und dessen politische Taten gerechtfertigt werden. Hitler habe nie Kriegsabsichten geäußert. In einem Vorwort erklärt CHRISTOPHERSEN als Herausgeber: »Böse Absichten sollte man nicht Hitler, sondern seinen angeblichen Geldgebern anlasten.«

CHRISTOPHERSEN und ROEDER arbeiten eng zusammen. Mehrmals jährlich veranstalteten sie Treffen von Gesinnungsfreunden. Zu einer über die schleswig-holsteinische Landesgrenze hinaus bekannt gewordenen Veranstaltung wurde der »Reichstag zu Flensburg« am 23. Mai 1975. Wegen der dabei verbreiteten NS-Propagandamittel und Verunglimpfung des Staates wurde CHRISTOPHERSEN im Dezember 1976 zu einer Geldstrafe von 1500 DM verurteilt. Den Prozeß nutzte er, um für seine Zeitschrift »Bauernschaft« zu werben. In diesem Blatt schrieb er u. a.: »Verbote, Verfolgung und Beschlagnahmung von Druckschriften werden uns nur stärker machen, weil das nur Werbung für uns ist. ... Ich schäme mich noch immer, keine Vorstrafe wegen meiner Gesinnung aufweisen zu können.«

ROEDER und CHRISTOPHERSEN bemühen sich um Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen.

Eine »NSDAP-Auslandsorganisation« wird von dem 23jährigen



# NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN  
DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI — AUSLANDSORGANISATION

JAHRGANG 4 — NUMMER 19

HERBST 1976 (88)

## NSDAP-AO OFFIZIER LAUCK VERHAFTET!

Nach über drei-monatiger U-Haft  
noch keine Anklageschrift!

So sieht die „Demokratie“ in  
Wirklichkeit aus!

Es fing mit einer Rede an. Am 10. November 1974 hielt Gerhard Lauck in Hamburg eine Rede zum Thema: „Warum wir Amerikaner noch Adolf Hitler verzeihen.“ Die Rede, die zu Schlagzeilen in den Hamburger Zeitungen führte, mußten Benner Versteher nicht gepöb-

elt über zwei Wochen für Luftpost! Bedauerlich wie die Festnahme auch war, so sind wir doch froh berichtet zu können, daß diese NICHT eine Folge von Verrat in unseren Reihen war. Es war eben ein Mißgeschick, wie es jeder Aktivist riskieren muß. Es war sich dieses

Risikos vollkommen bewußt, denn er hat ja die Weiterführung der Arbeit hier eingeworfen, auch wenn er „länger“ imhaken mußte. So hat die Presse auch über die Rede in Hamburg geschrieben hat, über Laucks Verhaftung schweigt sie sich aus. Berichte

über die Rede und Auswertung standen in vielen ab- und ausländischen Zeitungen; die Verhaftung jedoch würde als eine ganz kleine, lokale Begebenheit behandelt. Warum? Wenn die Auswertung von allgemeinem Interesse war, warum nicht auch die Verhaftung?





**Kauf nicht bei den Juden!**  
NSDAP-AO Box 6414  
Lincoln, NB 68506 US



**Rotfront verrecke!**  
NSDAP-AO Box 6414  
Lincoln, NB 68506 US



**TROTZ VERBOT  
NICHT TOT!**



**KOMMUNISMUS  
WERKZEUG DER JUDEN**

VERLAGSSTELLE: NSDAP AUSLANDSORGANISATION  
BOX 6414, LINCOLN, NB 68506 USA



---

Deutscher Amerikaner Gary Rex LAUCK aus Lincoln/Nebraska geleitet. LAUCK versendet vierteljährlich das Publikationsorgan »NS-Kampfruf« sowie sonstiges Propagandamaterial für Anhänger in der Bundesrepublik. Das Landgericht Koblenz verurteilte ihn wegen Volksverhetzung und Verbreitens nazistischer Propagandamittel zu 6 Monaten Freiheitsentzug mit Bewährung. L. hatte 20 000 Aufkleber »NS-Verbot aufheben« und »Kauft nicht bei Juden« mitgeführt.

In Schleswig-Holstein befinden sich einige wenige Anhänger LAUCKs, die in mehreren Orten durch Klebeaktionen in Erscheinung traten.

Gegenwärtig ist eine Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch neonazistische Gruppen nicht gegeben. Auch für die nähere Zukunft zeichnen sich solche Gefahren nicht ab. Ein wichtiger Aspekt ist aber die Wirkung dieser teilweise offen auftretenden Gruppen im Ausland. Eine Schädigung des deutschen Ansehens und der deutschen Politik kann nicht ausgeschlossen werden. Unter diesem Gesichtspunkt kommt der sorgfältigen Beobachtung und gegebenenfalls strafrechtlichen Verfolgung solcher Tätigkeiten großes Gewicht zu.

---

Aktivitäten politi-  
scher Extremisten  
und ihre Einfluß-  
nahme auf den  
Widerstand gegen  
den Bau des Kern-  
kraftwerks (KKW)  
in Brokdorf

C

Vorab ist festzustellen, daß Bürgerinitiativen keine Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes sind.

Die nachfolgend skizzierten Erkenntnisse sind durch die auftragsgemäße Beobachtung verfassungsfeindlicher Organisationen gewonnen worden. Die Ziele der Extremisten im Zusammenhang mit der Kampagne gegen das KKW Brokdorf können jedoch nicht dargestellt werden, ohne den großen Rahmen gemäßiger KKW-Gegner mit anzusprechen. Wegen der Aktualität wird die Beteiligung von Extremisten an der Kampagne gegen das KKW-Brokdorf über den 31. 12. 1976 bis zum 19. 2. 1977 aufgezeigt, da mit den Demonstrationen vom 19. 2. 1977 ein gewisser vorläufiger Klärungsprozeß erreicht scheint.

## **Entwicklung bis zum Baubeginn am 26. Oktober 1976**

### **a Bürgerliche und extremistische KKW-Gegner**

Bereits um die Jahreswende 1973/1974 wurde im norddeutschen Raum eine Bürgerinitiative unter der Bezeichnung »Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe« (BUU) mit der Zielsetzung gegründet, das in Brokdorf an der Unterelbe geplante Kernkraftwerk zu verhindern. Zu den Initiatoren gehörten außer Bauern aus der Umgebung und Hamburger Bürgern, die einen Sommer- oder Zweitwohnsitz in der dortigen Gegend haben, bezeichnenderweise auch Angehörige des verfassungsfeindlichen Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW).

Mittlerweile gibt es in Schleswig-Holstein rund 80 bekannte Bür-

gerinitiativen. In etwa 20 von ihnen arbeiten Extremisten mit. Die Mehrzahl der Bürgerinitiativen ist in sogenannten Regionalkonferenzen, nämlich Ostküsten-, Westküsten- und Marschenkonferenz zusammengefaßt. Hinzu kommt die Regionalkonferenz Hamburg mit mehr als 20 weiteren Bürgerinitiativen.

Die BUU ist Mitglied im »Landesverband Umweltschutz Schleswig-Holstein e.V.« (USH).

Die Mehrzahl der in der BUU organisierten KKW-Gegner ist nicht politisch extremistisch motiviert. Jedoch nahmen spätestens ab Mitte 1975 regelmäßig KBW-Mitglieder an den Veranstaltungen der BUU teil. Die Agitation weitete sich im Laufe der Jahre 1975 und 1976 über die Grenzen des Landes Schleswig-Holstein hinaus. Im Jahre 1976 traten in Schleswig-Holstein und Hamburg KBW, GUV, KPD, KSV und DKP durch eigene Flugblätter mit klassenkämpferischen Parolen an die Öffentlichkeit. Der KBW hatte bereits im Mai 1975 in der Hamburger Ortsbeilage der »Kommunistischen Volkszeitung«, geschrieben:

»Verhindern, das ist unser Ziel. Wenn's sein muß, geht es wie in Wuhl«. Ab September 1975 häuften sich die Hinweise, daß sich auch die BUU mit Besetzungsabsichten befaßte. Einem im Oktober 1975 zur Planung und Organisation der Bauplatzbesetzung gebildeten Ausschuß gehörten zur Hälfte Extremisten an. Zu einer der vordringlichsten Aufgaben dieses Besetzungsausschusses gehörte die Erstellung einer Liste über Material, das für eine längere Besetzungszeit benötigt wurde, wie z. B. Werkzeuge, Verpflegung, Wohnwagen, Latrinen, Stromerzeuger. Im Oktober 1975 lagen Flug-

blattentwürfe »Atomalarm – Alle auf den Bauplatz nach Brokdorf. Der Bauplatz ist besetzt« vor. Für ortsunkundige Bauplatzbesetzer waren Lagepläne angefertigt worden. Im Dezember 1975 wurde eine – auch von der BUU unterstützte – Erklärung »Bürger besetzen den Bauplatz, weil Rechtsmittel den Baubeginn nicht verhindern können« verteilt.

Der überraschend unter Polizeischutz vollzogene Baubeginn zwang die KKW-Gegner zu einer anderen Besetzungstaktik, da sie bis zum Baubeginn davon ausgegangen waren, vor der Polizei auf dem Baugelände zu sein. Nach Abriegelung des Geländes wurden statt Wohnwagen und Traktoren nunmehr Wurfanker, Bolzenschneider und Drahtscheren benötigt. Es traten jetzt alle größeren extremistischen Organisationen offen durch Flugblätter und Veranstaltungen gegen den Bau des KKW Brokdorf ein und riefen zum Widerstand in nahezu der gesamten Bundesrepublik Deutschland auf.

Zu diesem Zeitpunkt war eine klare Trennung gemäßigter und militanter bzw. extremistischer Kernkraftgegner nicht mehr möglich. Extremisten aller Schattierungen suchten die Ziele der Bürgerinitiativen für die eigenen Zwecke zu nutzen und dem freiheitlich-demokratischen Staat zu schaden.

#### **b**

#### **Verhalten von Extremisten gegenüber Bürgerinitiativen**

Die DKP hält nach einem Beitrag in ihrem Zentralorgan »Unsere Zeit« Bürgerinitiativen für eine Form des Klassenkampfes. Für sie ist die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, zu der sie sich in einer Presseerklärung öffent-

lich bekannt hat, ein taktisches Mittel im Rahmen ihrer Aktionseinheit-, Bündnis- und Volksfrontpolitik.

Im Gegensatz zur Alten Linken betrachten die maoistischen Gruppierungen der KPD, KPD/ML, KBW und KB Bürgerinitiativen nicht als Mittel der Bündnispolitik, sondern als Kampfinitiativen zur Schaffung einer revolutionären Situation. Entweder gründen sie solche Kampfinitiativen selbst oder versuchen, infiltrierte Bürgerinitiativen in solche Kampfinitiativen umzuformen.

So führte beispielsweise der Vorsitzende der KPD/ML zum Abschluß des III. Parteitages Anfang 1977 aus, es sei notwendig, daß alle Genossen in der Regel Mitglied einer (nicht parteieigenen) Massenorganisation seien und dort aktiv und unter Kontrolle der Partei arbeiteten. Er nannte als eine solche »Massenorganisation« ausdrücklich die Bürgerinitiativen. Zur Kampfpraxis sagte er, die Partei müsse dort angreifen, wo der Feind schwach sei, und dort sich zurückziehen, wo er überlegen sei. Dies gelte auch für die Arbeit der Partei in den Bürgerinitiativen.

#### **c**

#### **Verhalten von Bürgerinitiativen gegenüber Extremisten**

Die Bürgerinitiativen verhalten sich – soweit bekanntgeworden – gegenüber den in den eigenen Reihen erkannten Kommunisten unterschiedlich. Während teilweise der Ausschluß gefordert bzw. die Mitarbeit aufgekündigt wurde, stellte beispielsweise der Vorsitzende des Landesumweltschutzverbandes in Schleswig-Holstein noch Ende letzten Jahres öffentlich fest, in den Bürgerinitiativen sei jeder willkommen, der unpolitisch mitarbeiten wolle.

Später hat sich der Verband von den militanten Kräften der Neuen Linken distanziert, nicht aber von der DKP, die auf zentrale Weisung sich in die Bürgerinitiativen integriert und dort weitgehend unerkannt mitarbeitet.

### **Beteiligung von Linksextremisten an den Demonstrationen vom 30. Oktober und 13. November 1976**

**a**

#### **Zahlen und Aktivitäten**

Während der Demonstration am 30. 10. 1976 gelang einer Anzahl von Personen vorübergehend die Besetzung des Platzes. Maßgeblich beteiligt waren Mitglieder von KPD und KPD/ML, aber auch einige des KBW. Auf dem Platz kam es zu Solidaritätsbekundungen von bürgerlichen KKW-Gegnern mit Extremisten. Es wurden aber auch Extremisten von Bürgerlichen geschmäht, wenn sie von einer Besetzung abgeraten hatten.

Unter den etwa 20 000 Teilnehmern an der Demonstration am 13. 11. 1976 befanden sich zwischen 4000 und 5000 Extremisten. Davon stammte eine festgestellte Zahl von rund 3000 Extremisten allein aus den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen, und zwar aus den Organisationen von KPD, KBW, KB, KPD/ML, DKP, SDAJ, MSB und aus der Anarchoszene.

**b**

#### **Bewertung der Demonstrationen durch die Extremisten**

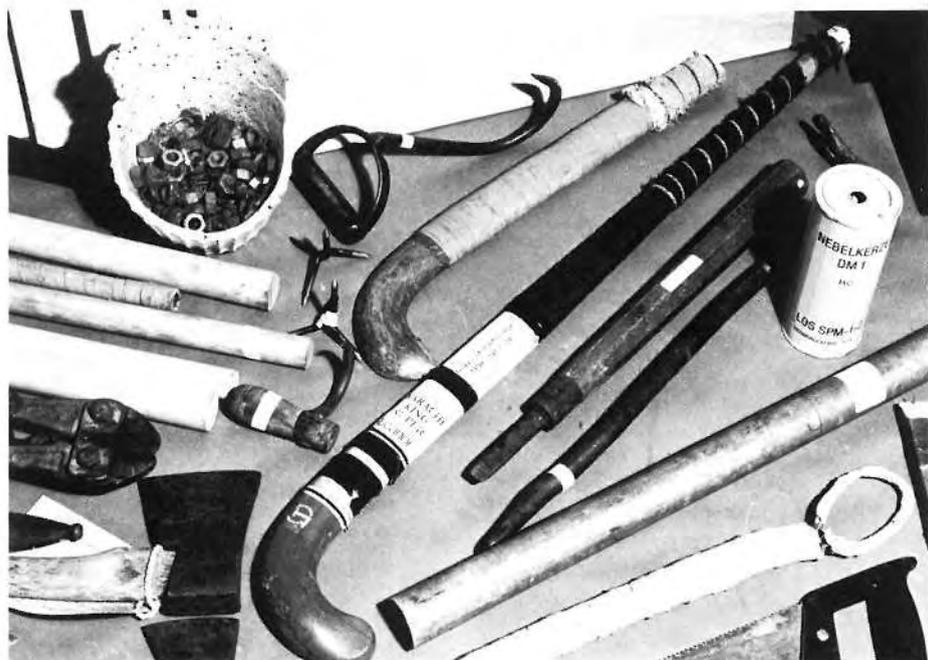
Die extremistischen Demonstranten nahmen die Erfahrung mit nach Hause, daß es erstmals gelungen war, sich in die Front von 20 000 Demonstranten einzureihen und auf diesem massen-psychologischen

Nährboden Staat und Polizei eine erfolgreiche Schlacht geliefert zu haben. Sie berichteten später auf ihren Treffen und in Flugblättern voll Begeisterung und Stolz über ihren Kampf in vorderster Front und gaben ihrer Freude über die Verletzung von Polizeibeamten und die Zerstörung von Sachen offen Ausdruck. Als Höhepunkt wurde voller Stolz berichtet, 2 Polizeibeamte hätten um ihr Leben kämpfen müssen. »Söldner«, »Bullen« oder »Schweine« gehörten zum gängigen Vokabular extremistischer Berichterstatter.

### **Beteiligung von Extremisten an der Demonstration vom 19. Februar 1977**

Nach der mißlungenen Bauplatzbesetzung vom 13. November 1976 fanden in extremistischen Kreisen ausführliche Diskussionen und Analysen statt. Als Ergebnis formulierte man in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein neue Strategien und gab schriftliche Anweisungen über das taktische Vorgehen gegen Bauplatz und Polizei für den 19. 2. 1977 bekannt. Gleichzeitig aber wurde offenbar, daß sich die Antikernkraftbewegung in einen militanten Teil um die Neue Linke und einen gemäßigten Teil um bürgerliche KKW-Gegner, denen sich auch die DKP zugesellte, gespalten hatte. Der KPD-Funktionär Jens SCHEER, suspendierter Professor aus Bremen, reiste durch die Bundesrepublik Deutschland und warb für die gewaltsame Besetzung in Brokdorf. Auch extremistische Organisationen riefen in Flugblättern und Zeitungen unverblümt zur gewaltsamen Besetzung des Baugeländes auf. Daran änderte auch eine Entscheidung des schleswig-holsteinischen Verwal-







tungsgerichts vom 9. Februar 1977 nichts, in der der vorläufige Bau-stopp aufrechterhalten wurde. Nach Aussage der Extremisten kommt den »Akten bürgerlicher Klassenjustiz« keine Bedeutung zu. Der »Kommunistische Bund« veröffentlichte beispielsweise in seinem Zentralorgan »Arbeiterkampf« den Satz: »Richtersprüche machen AKWs auch nicht sicherer.«

Demgegenüber plädierten Bürgerinitiativen, insbesondere der Marschenkonferenz, für eine friedliche Demonstration in Itzehoe.

#### a Planungen

Nachfolgend einige Beispiele aus den Planungen von Extremisten für die Demonstration am 19. 2. 1977:

#### KPD

Sie ist gegen Kernenergie in allen Ländern und greift daher auch KKW-Bauten in der DDR und UdSSR an.

Sie gab Hinweise für das Verhalten gegenüber der Polizei heraus, ferner Vorschläge zur Überwindung des Bauzaunes u. zur Verwendung von Hilfsgeräten (Feuerlöscher, Schweißgeräte, Rohrzangen, Molotow-Cocktails). Von der KPD wurde auch das Aufsteigen von Aluminiumdrachen empfohlen, mit denen Tiefflüge von Polizeihubschraubern verhindert werden sollten.

#### KPD/ML

Die KPD/ML ist gegen Kernkraftwerke zwar unter kapitalistischer Herrschaft, nicht jedoch in ihrem Vorbild China.

Diese Organisation bildete Schweißtrupps, Werfertrupps, Angriffstrupps und Sanitätstrupps aus

und forderte zum Mitnehmen von Schweißgeräten, Gasmasken, Mundtüchern, Augentropfen, Spaten, Stahlkugeln, Ersatzkleidung usw. auf.

### **KBW**

Der KBW hatte bereits im November 1975 in einer Flugblattüberschrift formuliert:

»Nicht die Technik ist gefährlich, sondern ihre Anwendung durch die Kapitalistenklasse.«

Wie die anderen Gruppierungen gab auch diese Organisation genaue Lageskizzen zur sorgfältigen Vorbereitung der Erstürmung aus und betonte, man werde sich von der Besetzung auch nicht durch Tränengas abhalten lassen. Wenn die Erstürmung nicht am 19. 2. gelänge, dann eben später, in 20, 50 oder 100 Tagen. Der KBW schrieb in seinem Zentralorgan: »Man sieht: die Kapitalistenklasse und der Bürgerliche Staat wollen erneut die Demonstrationen am Bauplatz verhindern. Sie befürchten die Einheit der Arbeiter und Bauern. Die Einheit wird im nächsten Angriff auf den Bauplatz hergestellt mit dem Ziel, die endgültige Einstellung der Bauarbeiten durchzusetzen und für die Räumung des Platzes zu sorgen.«

### **KB**

Auch diese Organisation war nach anfänglichem Zögern auf die ausdrückliche Forderung nach Gewalt und Besetzung eingeschwenkt. Der KB plädierte darüber hinaus dafür, mehrere Kernkraftwerke und andere Einrichtungen gleichzeitig zum Ziel militanter Aktionen zu machen, um die Polizeikräfte zu verzetteln. In seinem Zentralorgan hat er aufgefordert: »Schafft 1, 2, 3 viele Brok-

dorf.«

### **Anarchobereich**

Auch im Anarcho-, spontaneistischen und undogmatischen Bereich wurde die gewaltsame Besetzung des Baugeländes vorbereitet. Es war die Rede von Molotow-Cocktails und selbst von Toten. Im Falle des Mißerfolgs wurde bereits ein Ausweichziel (Krümmel) ausersehen.

### **Rechtsextremisten**

Kurz vor dem 19. 2. stiegen auch Rechtsextremisten, insbesondere Neonazisten, in die Bewegung gegen Kernkraftwerke ein und plädierten ebenfalls für eine gewaltsame Besetzung des Geländes. Aus diesen Kreisen stammt die Äußerung »Auf diese Situation haben wir schon lange gewartet. In Brokdorf muß das Ganze überkochen. Brokdorf ist die Achillesferse der Demokratie«.

### **DKP**

Die DKP polemisiert zwar gegen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland, bejaht sie aber unter der »Herrschaft (Kontrolle) der Arbeiterklasse« und schweigt daher über Kernkraftwerke in der DDR. Die Mitglieder der DKP schlugen sich auf zentrale Parteiweisung auf die Seite der gemäßigten Bürgerinitiativen und plädierten für eine Demonstration in Itzehoe. Sie äußerte ihre Überzeugung, bald als Führungsmacht die Bürgerinitiativen durchsetzen zu haben.

### **b**

#### **Ablauf der Demonstrationen**

An den Demonstrationen am 19. 2. 1977 nahmen in Itzehoe und im Raum Brokdorf schließlich über 20 000 Personen aus dem gesamten

Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland (Dänemark, Niederlande, Italien und Schweiz) teil.

Während an der Demonstration in Itzehoe etwa 10 000 bis 12 000 Demonstranten festgestellt wurden, marschierten 8 000 bis 10 000 Personen über Wilster in Richtung Brokdorf. Davon waren etwa 2 000 Personen (insbesondere KBW-Angehörige und sog. Spontaneisten) mit Schlagstöcken, Spaten, Wurfankern, Drahtzangen, Aluminiumdrachen, Molotow-Cocktails usw. ausgerüstet. Insgesamt beteiligten sich etwa 6 000 Linksextremisten am Demonstrationzug in Richtung Brokdorf, darunter Angehörige von KBW, KB, KPD, KPD/ML, sog. Spontaneisten und Personen aus dem undogmatischen und Anarchobereich.

Die am Bauplatz von einem KBW-Mitglied angemeldete Demonstration war am Vortag vom Verwaltungsgericht Schleswig verboten worden. Eine nicht bekannte Zahl von Angehörigen der orthodoxen Linken – in der DKP war die Rede von 3 000 – wie DKP, SDAJ, MSB-Spartakus und DFU hatten sich der – von einem DKP-Mitglied angemeldeten – Demonstration in Itzehoe angeschlossen, während die Gruppierungen der Neuen Linken dort nur durch wenige Mitglieder vertreten waren.

Innerhalb der Gruppierungen der Neuen Linken, die mit einem Demonstrationzug Richtung Brokdorf marschierten, bildete die stärkste Organisation der KB mit über 2 000 Demonstranten, ihm folgte die KPD mit über 1 000 und der KBW mit ca. 800 Teilnehmern.

KBW und KB machten sich ständig die Führung streitig. Während KBW und Spontaneisten den Bauplatz gewaltsam stürmen wollten,

trat der KB für eine friedliche Demonstration ein. Der KB und gemäßigte Personen aus den Bürgerinitiativen setzten sich schließlich durch. Die Demonstration löste sich an einer Polizeisperre auf.

### **Beurteilung**

Die Bewegung gegen Kernbrennstoffe als Energieträger hat internationale Maßstäbe angenommen. Sie hat nicht nur bundesweit u. a. wegen der noch ungelösten Frage der Kernenergieabfallbeseitigung besorgte Bürger auf den Plan gerufen, sondern auch die gesamte Szene der Linksextremisten mobilisiert. Man hat dort erkannt, daß sich das Thema Kernenergie für die eigenen verfassungsfeindlichen Ziele nutzen läßt, indem man sich an die Spitze einer Volksbewegung stellt und damit eine wirksame Aktionsbasis schafft. Über das Land Schleswig-Holstein hinaus befassen sich spätestens seit Aufnahme der Bautätigkeiten in Brokdorf alle linken Extremistengruppen mit dem Kampf gegen Kernkraftwerke. Ihr gemeinsames Ziel, den freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat zu zerstören, läßt sogar zeitweilig ideologische Verschiedenheiten und Streitereien in den Hintergrund treten; sog. Aktionseinheiten sollen dabei helfen, das gemeinsame Ziel zu erreichen.

Nach der Demonstration vom 19. 2. wird eine Phase neuer Überlegungen und Diskussionen unter den Extremisten eintreten. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß es zu internen Auseinandersetzungen kommen wird. KPD und KBW haben die ersten Flugblätter mit gegenseitigen Beschimpfungen bereits in der Woche nach dem 19. 2. 1977 veröffentlicht.

Extremistische Parolen, wie

---

**man komme wieder, der Bauplatz müsse wieder zur Wiese werden, man werde je nach Lage der Dinge kämpfen oder sich zurückziehen,** können nach Lage der Dinge nicht unbeachtet bleiben.

Es sind jedoch Anzeichen vorhanden, daß sich der Schwerpunkt der Aktionen der Kernkraftwerkgegner nach Niedersachsen (Gorleben, Grohnde) verlagern wird. Das gilt zumindest so lange, wie der Bau-stopp in Brokdorf bestehen wird.

---

# Sicherheits- gefährdende Bestrebungen von Ausländern

**D**

## **Ausländer in Schleswig-Holstein**

In Schleswig-Holstein leben rd. 75 000 Ausländer (Stichtag 30. 9. 76). Davon stellen über 28 000 Türken (ca. 38%) den größten Anteil, gefolgt von ca. 6300 Jugoslawen (8,4%). Regionale Schwerpunkte sind Kiel, Lübeck sowie die Kreise Pinneberg und Segeberg, wo zusammen etwa die Hälfte der Ausländer gemeldet ist.

## **Politisch-extremistische Aktivitäten**

### **a**

#### **Ausländische Arbeitnehmer**

Wie in den vorausgegangenen Jahren konnten auch 1976 eine organisierte politische Betätigung ausländischer Arbeitnehmer oder politische Aktivitäten Einzelner mit sicherheitsgefährdender Tendenz nicht festgestellt werden. Der überwiegende Teil der ausländischen Arbeitnehmer verhielt sich – wie in anderen Bundesländern – politisch zurückhaltend und entzog sich weitestgehend den Beeinflussungsversuchen deutscher linksextremistischer Gruppen. Eine Zusammenarbeit mit solchen Gruppen war nur in wenigen Fällen im Bereich industrieller Großbetriebe erkennbar.

Prokommunistische türkische Flugblätter und Schriften tauchten vereinzelt in Kiel, Flensburg und Lübeck auf. In mehreren Stadtteilen Kiels kam es zu Schmierereien der maoistischen »Türkischen Kommunistischen Partei-Marxisten-Leninisten« (TKP/ML) und ihrer Kampforganisation, der »Türkischen Arbeiter- und Bauern-Befreiungsarmee« (TIKKO).

Insgesamt läßt sich jedoch feststellen, daß es auch im Jahre 1976 ausländischen extremistischen Or-

ganisationen nicht gelungen ist, in Schleswig-Holstein Fuß zu fassen.

### **b**

#### **Ausländische Studenten**

Nennenswerte politische Aktivitäten von Ausländern fanden sich nach wie vor an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. Hier vertraten die Anhänger mehrerer ausländischer Studentenvereinigungen extremistische Forderungen und arbeiteten dabei eng mit deutschen linksextremistischen Gruppen zusammen. Dies zeigte sich bei gemeinsamen Veranstaltungen, bei der Herausgabe von Propagandamaterial und den Aktivitäten verschiedener Ausländer-Komitees.

Politisch extremistische Positionen wurden insbesondere von der »Generalunion Arabischer Studenten« (GUAS) und iranischen Studentengruppen vertreten.

Die Kieler Sektion der GUAS propagiert den Kampf gegen Zionismus, Kolonialismus und westlichen Imperialismus und erkennt die »Palästina-Befreiungsorganisation« (PLO) unter ARAFAT als einzig legitime Vertreterin der Palästinenser an. Einige ihrer Mitglieder unterstützen die Ziele der maoistisch-terroristischen »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP) des Dr. HABASCH. In zahlreichen Flugblättern, Film- und Vortragsveranstaltungen der Sektion wurde der »Befreiungskampf« des palästinensischen Volkes verherrlicht und zu aktiver Unterstützung der Befreiungsbewegungen in aller Welt, insbesondere der PLO und der »Volksfront zur Befreiung Omans« (PFLO), aufgerufen. GUAS und Palästina-Komitee warben und sammelten gemeinsam für die PLO und für die Palästinenser im Liba-

**FÖDERATION IRANISCHER STUDENTEN IN DER BRD UND WB**  
(LANDESVERBAND DER CISNU)

**FIS**  
**INFO**



Nr. 3

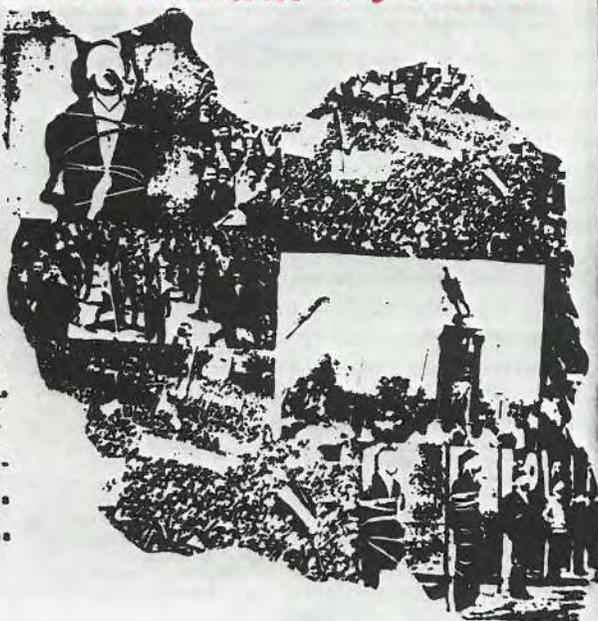
Zeitung der Föderation Iranischer Studenten

März 1976

## 50 Jahre faschistischer, neokolonialistischer u. dekadenter Herrschaft der Pahlawi-Dynastie

Wieder einmal steht eine "Feierlichkeit" auf der Tagesordnung des faschistischen Shah-Regimes. Eine Feierlichkeit, welche in ihrer Breite und Dauer die vorherigen Feierlichkeiten wie die "Kronungsfeier" und die "Feier zum 2500 jährigen Bestehen der Monarchie im Iran" in den Schatten stellen sollt: "Die 50 jährige Jubiläumsfeier der Schreckensherrschaft Pahlawie". Alle Ministerien, Ämter und Verwaltungsstellen, sowie alle geknebelten, bestellten und vom Regime bis zu ihren Grundeinheiten kontrollierten Verbände und Organisationen des öffentlichen und privaten Lebens des Landes sind per dekret des Shah angewiesen worden, während des ganzen laufenden Jahres des fünfzigjährigen Bestehens der Pahlawi-Herrschaft feierlich zu begehen und somit mit der Heuchelei und Demagogie des erzkolonialistischen Shah-Regimes anzustimmen. 5 Komitees wurden vom Regime ins Le-

Fortsetzung auf Seite 2



non.

Die oppositionellen iranischen Studenten sind in mehreren Gruppen organisiert. Aktivste und stärkste Gruppe ist die »Iranische Studentengemeinschaft« (ISG) Kiel. Sie vertritt maoistische Zielvorstellungen. Aus ihr sind infolge ideologischer Gegensätze zwei weitere Gruppen hervorgegangen, die »Iranische Studentenvereinigung« (ISV) Kiel und die »Iranische Studentengemeinschaft« (ISG) Neumünster. Alle bezeichnen sich als Ortsgruppen der »Conföderation Iranischer Studenten-National-Union« (CISNU) bzw. einer Ende 1976 neu gegründeten »Conföderation Iranischer Studenten« (CIS).

Mitglieder der CISNU, einer in zahlreichen Ländern der Welt bestehenden Vereinigung, die den Sturz der iranischen Monarchie anstrebt und in ihren Publikationen den politischen Terror verherrlicht, führten gewaltsame Aktionen gegen iranische Einrichtungen im In- und Ausland durch, so gegen eine iranische Rundfunk- und Fernsehstation in Paris und gegen iranische konsularische Vertretungen in Bonn-Bad Godesberg und in Genf.

Die iranischen Studentengruppen agitierten gegen Unterdrückungsmaßnahmen im Iran und insbesondere gegen Folterungen politischer Gefangener. Sie verteilten in erheblichem Umfang Flugblätter und Schriftmaterial und führten Bilderausstellungen und Solidaritätsveranstaltungen durch, vornehmlich im Bereich der Universität Kiel. Eine Unterstützung durch deutsche extremistische Organisationen war häufig festzustellen.

Neben den genannten Gruppen propagierten in Kiel eritreische Stu-

denten den Kampf der »Eritreischen Volksbefreiungsfront« (EPLF), aktiv unterstützt von der GUAS und dem Palästina-Komitee.

Vertreter des »South African Students Movement« (SASM) warben für die »Befreiung« Südafrikas, Rhodesiens und Namibias.

### **Beurteilung**

In Schleswig-Holstein waren bisher terroristische und akute sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern nicht zu verzeichnen. Hinsichtlich einer möglichen Sicherheitsgefährdung sowie einer möglichen Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland sind alle auf die Anwendung von Gewalt gerichteten Bestrebungen von hier lebenden Ausländern auch künftig sorgfältig zu beobachten, nicht zuletzt wegen der Zusammenarbeit extremistischer Ausländergruppen mit anderen Gruppen im In- und Ausland.

---

# Spionageabwehr

**E**

## **Bundesrepublik Deutschland**

Das Jahr 1976 war für die Spionageabwehr in der Bundesrepublik Deutschland sehr erfolgreich.

Anfang Juni wurden aufgrund veränderter Ermittlungsmethoden des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Verfassungsschutzbehörden der Länder 16 Agenten gleichzeitig verhaftet. Darunter befand sich ein Agentenführer-Ehepaar, welches als sog. Unteragenten einen Registrator sowie eine Vorzimmerdame und ihren Ehemann im Bundesverteidigungsministerium führte. Es wurden interessante nachrichtendienstliche Hilfsmittel beschlagnahmt.

In den darauffolgenden Wochen setzten sich im Bundesgebiet 37 Agenten zum Teil panikartig ins Ausland oder in die DDR ab. In einigen Fällen ließ das Ministerium für Staatssicherheit sogar die Wohnungseinrichtung durch ein Möbeltransportunternehmen aus der DDR abholen.

Diese »Kundschafter des Friedens« – so nennt man in der DDR die in westlichen Ländern tätigen Agenten – waren zum Teil mehrere Jahre lang in einflußreichen und für die DDR interessanten Positionen des wissenschaftlichen und technischen Bereiches tätig. Alle waren unter falschen Personalien in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden. Es handelte sich um ideologisch gefestigte und für ihren sog. »Westeeinsatz« vorher in der DDR gründlich vorbereitete wissenschaftlich und technisch qualifizierte Spezialisten.

Diese und andere Fälle zeigen, daß die östlichen Nachrichtendienste ihre Aktivitäten auch 1976 unvermindert fortsetzten und die Bun-

desrepublik Deutschland wegen ihrer wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung und aufgrund ihrer geographischen Lage nach wie vor ein bevorzugtes Ausspähungsziel östlicher Nachrichtendienste ist.

## **Schleswig-Holstein**

Die Anzahl der 1976 erkannten nachrichtendienstlichen Aufträge gegen Schleswig-Holstein liegt – gemessen an der Einwohnerzahl – weit über dem Bundesdurchschnitt. Bei den nachrichtendienstlichen Werbungen und Werbungsversuchen war eine Steigerung zu verzeichnen.

In der Zielrichtung der Aufträge rangiert die politische Spionage an der Spitze. Danach folgen die militärische und die Wirtschaftsspionage. Dem öffentlichen Dienst schenkte man größere Aufmerksamkeit. Es wurde in den letzten Jahren immer häufiger versucht, Mitarbeiter im öffentlichen Dienst als Agenten anzuwerben.

Die Aktivität der einzelnen Sowjetblockdienste ist unterschiedlich. Die DDR-Nachrichtendienste führen in der Anzahl der Spionageaufträge gegen das Land Schleswig-Holstein. Es folgen die Nachrichtendienste der UdSSR, Polens, der CSSR usw. Die »Spitzenstellung« der DDR ergibt sich aus der besonderen Situation der beiden Staaten zueinander. Der aufgrund der Entspannungsbemühungen der Bundesrepublik Deutschland von manchen erwartete Rückgang der Werbungen neuer Agenten und der erteilten Spionageaufträge ist ausgeblieben. Mit einer Verminderung dürfte auch in Zukunft kaum zu rechnen sein.

Nach wie vor sind Besucher der DDR den Anwerbungsversuchen der

# 38 Agenten verließen fluchtartig die Bundesrepublik

Bundesanwaltschaft: Das „bisher erfolgreichste“ Jahr  
in der Spionagebekämpfung

Karlsruhe. Insgesamt 38 mutmaßliche Ostspione haben im zweiten Halbjahr 1976 die Bundesrepublik „fluchtartig“ verlassen. Das ergab eine Auswertung der Ermittlungsergebnisse der Sicherheitsbehörden, wie Bundesanwalt Fischer gestern gegenüber dem Deutschen Despeschen Dienst (ddp) in Karlsruhe bestätigte. Fischer erklärte, nach diesen 38 Personen werde noch gefahndet. Bei einer umfangreichen Aktion im vergangenen Juni sind insgesamt 14 mutmaßliche Agenten in Haft genommen worden. Der Bundesanwalt sprach von dem „bisher erfolgreichsten“ Jahr in der Spionagebekämpfung.

Fischer äußerte sich zuversichtlich, daß im neuen Jahr weitere Spionagefälle auf-

geklärt werden können. Ferner erwartet er, daß die Terroristen-Prozesse in Stuttgart-Stammheim und in Düsseldorf 1977 abgeschlossen werden.

Im Zusammenhang mit der Spionagetätigkeit bestätigte Fischer, daß sich die Ermittlungsbehörden bereits seit einiger Zeit mit dem Fall des verschwundenen Bonner Kaufmanns Dieter Bauer befassen. Bauer ist seit September verschwunden. Zuletzt war Bauer auf einer Reise in Kenia gesehen worden. Die Bundesanwaltschaft verdächtigt den 40 Jahre alten Kaufmann, für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit geheime Dienste geleistet zu haben und nimmt an, daß sich der mutmaßliche Agent jetzt in der DDR aufhält.

Erfolgreiche Spionage-Abwehr in der Bundesrepublik

## Ein Agenten-Heer auf dem Rückzug

Eigener Bericht - ASD - dpa

s.u.w. Karlsruhe/Hamburg, 21. Juli

Unter den Ost-Agenten in der Bundesrepublik herrscht offenbar Panik. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Richard Meier, bestätigte, daß die neuen Erkenntnisse der bundesdeutschen Spionage-Abwehr über die Arbeits- und Führungsmethoden des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit zu einer „erheblichen Verunsicherung“ und zu „kräftigen Absatzbewegungen“ innerhalb des „DDR“-Spionagenetzes in der Bundesrepublik geführt haben. Ein ganzes Agenten-Heer wird offenbar zum Rückzug aufgefordert.

Seit Anfang Juni sind in der Bundesrepublik nahezu 20 „DDR“-Agenten verhaftet worden. Viele andere Agenten haben sich in die „DDR“ abgesetzt.

Die Abwehr-Erfolge haben offenbar auch die Ost-Berliner Agenten-Füh-

rung in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Sie war über einige Verhaftungen nicht informiert. So ist nach Bonner Informationen an mehrere mutmaßliche Agenten, die in der Bundesrepublik schon in Untersuchungshaft saßen, aus der „DDR“ noch die Anweisung gefunkt worden, vor Ort zu bleiben und weiterzuarbeiten, da keine Gefahr für sie bestehe.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat, wie erst jetzt bekannt wurde, Ende Juni zwei weitere mutmaßliche Ost-Agenten in Haft genommen. Dietrich Gutseil (38) aus Marksuhl in Thüringen wurde im Flughafengebäude von Hannover verhaftet. Gutseil soll weitere Agenten des Ostens in Süddeutschland geführt und hohe Geldbeträge an sie weitergegeben haben. Festgenommen wurde auch der 43jährige Kurt Zawodniak, der in Mönchengladbach lebt. Er soll den Sowjets Material über die

1976 – das schwarze Jahr für die roten Spione (3. Teil)

## Der neue Agententyp verrät sich leichter

Warum 1976 zum schwarzen Jahr für die roten Spione in der Bundesrepublik wurde, enthüllt erstmals Herr X, ein hoher Abwehrmann: Mit Hilfe neuartiger „Raster“ und des Abwehr-Computers NADIS werden Agenten eingekreist. Die Erfolgsserie der Abwehr ist aber auch dem Ostberliner Spionagechef General Markus Wolf zu verdanken, der in den letzten Jahren systematisch die Amateure in seinem Schnüffelnetz gegen Profis ausgetauscht hat: Der neue Agententyp verrät sich leichter.

DDR-Nachrichtendienst  
versuchen Stellungsschende  
zu ködern

Hannover. Neue Wege, um Bewohner der Bundesrepublik für nachrichtendienstliche Tätigkeiten zu ködern, gehen offenbar die Spionageschreiber der DDR. Nach Beobachtungen der Verlastungs-Sach-Abteilung im niederrheinischen Innenministerium sind die Nachrichten-dienste dazu übergegangen, die Annäherungen von Stellungsschreibern in Tages- und Fachzeitschriften auszuwerten und Insinuationen, die ihnen geeignet erscheinen, lakrative und unverlässliche Angebote zu machen.

Die Annäherungen werden von Personen, Firmen oder Institutionen beantwortet, die dem Verfassungsschutz als Tarnorganisation der DDR-Nachrichtendienstes bekannt sind. Insbesondere werden stellungsschreibende Akademiker und Journalisten angesprochen. Aufgegeben werden die Briefe in Westberlin, so daß ein mit dem Berliner Verhältnissen nicht vertrauter Bundesbürger nicht erkennen kann, daß sich hinter der Offerte ein Abwehrmann aus Ostberlin verbirgt.

### Neuer Agententyp

Das Ministerium für Staatssicherheit hat aus alledem rechtzeitig die Konsequenzen gezogen, und einen neuen Agententyp ausgedacht. Der Hinzutretende DDR-Bürger (meist Akademiker mit Aussicht auf ergebliche Stellungen), der mit großem Aufwand zum Profi ausgebildet und auf Umwegen mit einer „Legende“ (fingierter Lebenslauf) in die Bundesrepublik eingeschleust wird. Damit ist die Qualität an die Stelle der Quantität getreten. Herr X von der Abwehr: „Diese Profis, an der Spitze der ‚O. b. E.‘ (Offizier in besonderen Einsatz) fallen nicht mehr durch Fehler auf, die Verdacht auslösen. Und doch haben sie eine Schwachstelle.“

Der neue Agententyp weist nämlich eine Reihe von gemeinsamen Merkmalen auf, aus denen die Abwehr leicht ein Rasterbild herstellen konnte: Berufliche Vorbildung, Karriereverhalten, typische Verhaltensweisen gehören dazu. Noch wichtiger ist aber die Kenntnis der Tricks, mit denen sich diese Profi-Agenten aus der DDR die neue, ungewöhnliche Identität eines Bundesbürgers zulegen. Die Agenten reisen zunächst ins westliche Ausland. Da nehmen sie die Identität von Bundesbürgern an, die vor Jahren ausgewandert sind und die hiesigen niemand mehr kennt. Besonders günstig: Wenn diese Bundesbürger verstorben sind, ihr Tod aber in der Bundesrepublik nicht bekannt wurde. In einigen Fällen halten die DDR-Behörden auch die wahren Namensinhaber in ihrem Moorbüchlein unter Verschluss.

Der Physiker Karl-Heinz Stöber mauserte sich in Finnland zu Heinz Dieter Picholka: In Bonn drang er in die Verteidigungs- und Atomgesetze ein. Herbert Fahrmann kam über Kanada, Wolfram und Caris Kanuse schlüpfen in England in die Identität von Jürgen und Doris Kürschner. Jürgen Pingel (Agentenführer des Bundeswehr-Oberleutnants Norbert Moser im Verbindungsstab Luftwaffe/Heer) verwandelte sich in Schweden in Hartmut Richter.

Der neue Agententyp ist für die Abwehr mittlerweile so transparent, daß man oft ohne Vorliegen eines konkreten Verdachts an Hand des Computer-Rasters sagen kann: Der könnte ein Agent sein. Auch ein weiterer Agententyp befindet sich mittlerweile im Abwehr-Raster. Die Chancen bestehen, einen Minister oder einen Abteilungsleiter aus einem Ministerium als Spion zu gewinnen, läßt Ostberlin die Sekretariate für die Besetzung Panzerschranke greifen. Um solche Frauen (wie Leonore Sütterlin, Gerda Schriber oder Helge Berger im Auswärtigen Amt) zu gewinnen, hat Ostberlin eine Riege smarter Herren aufgestellt, die den Damen erst mit Liebe und dann mit Späthautringen kommen.

dortigen Nachrichtendienste ausgesetzt. Bürger der Bundesrepublik Deutschland müssen vor DDR-Besuchen in ihrem Antrag auf Einreise neben den genauen Personalien nicht nur ihren Beruf, sondern auch ihren Arbeitsplatz angeben. Dadurch ist der Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit beim Rat des Kreises die Möglichkeit gegeben, sich interessante und für einen nachrichtendienstlichen Anbahnungsversuch geeignete Personen auszusuchen.

DDR-Behörden nutzen auch die derzeitige Lage auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland für die Anwerbung von Agenten zielstrebig aus. Stellenanzeigen in Zeitungen werden systematisch ausgewertet und somit Ansatzpunkte für persönlich abgefaßte Briefanbahnungen gefunden. Solche Briefanbahnungen haben im Jahre 1976 erheblich zugenommen.

Bemerkenswert ist, daß der sowjetische Geheimdienst gelegentlich noch ehemalige deutsche Kriegsgefangene, die inzwischen beruflich einflußreiche Positionen erlangt haben, nach mehr als 30 Jahren an eine während der Kriegsgefangenschaft unter erheblichen körperlichen und seelischen Belastungen unterschriebene Verpflichtungserklärung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit erinnert.

### **Schlußbemerkung**

Nachrichtendienstliche Anbahnungen erstrecken sich mitunter über Monate oder mehrere Jahre. Wer sich rechtzeitig offenbart, hat kaum mit einer Bestrafung und mit persönlichen Nachteilen zu rechnen. Denn Verfassungsschutzbehörden haben keine Exekutivbefugnisse und

unterliegen auch nicht dem Strafverfolgungszwang. Die Strafprozeßordnung sieht vor, daß Personen, die ihr mit einer nachrichtendienstlichen Verstrickung zusammenhängendes Wissen von sich aus offenbaren, straffrei ausgehen können. Das ist in vielen Fällen geschehen.

---

# Geheimchutz

**F**

## **Allgemeines**

Der Geheimschutz umfaßt materielle und personelle Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen und Erkenntnissen vor Verrat, Ausspähung oder Sabotage. Es handelt sich fast ausschließlich um vorbeugende Schutzmaßnahmen.

## **Geheimschutz in der öffentlichen Verwaltung**

In Schleswig-Holstein werden seit Jahren Überprüfungen der zur Sicherung von Verschlusssachen getroffenen technischen und nicht-technischen (organisatorischen) Maßnahmen (materieller Geheimschutz) bei den Dienststellen des Landes, der kommunalen Gebietskörperschaften und den Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit sie Verschlusssachen verwalten, durchgeführt.

Dieser materielle Geheimschutz ist nur sinnvoll, wenn er durch Maßnahmen auf dem personellen Sektor ergänzt wird. Im personellen Geheimschutz führt die Verfassungsschutzbehörde die Sicherheitsüberprüfungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst durch, die Zugang zu Verschlusssachen erhalten sollen. Diese Sicherheitsüberprüfungen, die unter Beachtung entsprechender Richtlinien vorzunehmen sind, sind Voraussetzung für die Ermächtigung zum Zugang zu Verschlusssachen der verschiedenen Geheimhaltungsgrade.

## **Geheimschutz in der Wirtschaft**

Zentrale Sicherheitsbehörde für den Geheimschutz in der Wirtschaft ist der Bundesminister für Wirt-

schaft. Die Unternehmen der freien Wirtschaft, die geheimhaltungsbedürftige Unterlagen erhalten, um bestimmte Aufträge ausführen zu können, sind ebenso dem Geheimschutz verpflichtet wie die Behörden und Dienststellen, in denen Verschlusssachen bearbeitet werden. Bei der Durchführung sowohl der materiellen als auch der personellen Geheimschutzmaßnahmen berät die Verfassungsschutzbehörde sowohl den Bundesminister für Wirtschaft als auch die Wirtschaftsunternehmen. Die zur Gewährleistung des Geheimschutzes in der Wirtschaft erforderlichen Maßnahmen entsprechen denen für den Geheimschutz im Behördenbereich.

Die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbevollmächtigten der Unternehmen hat sich bewährt. Sicherheitsfälle sind bislang nicht bekannt geworden. Die auf Grund des ständigen Gedanken- und Erfahrungsaustausches getroffenen Sicherheitsmaßnahmen haben die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Es liegt auch im Interesse der Wirtschaft, geheimhaltungsbedürftige Aufträge zu erhalten. Derartige Aufträge können jedoch nur vergeben werden, wenn die sicherheitsmäßigen Voraussetzungen erfüllt sind.

Im Rahmen des Geheimschutzes in der Wirtschaft und unter entsprechender Anwendung der hier geltenden Bestimmungen und Richtlinien berät die Verfassungsschutzbehörde die Unternehmen der Wirtschaft auch dann, wenn sie zwar nicht dem Geheimschutz unterliegen, aber zu den lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen und Betrieben gehören, die sicherheitsempfindliche Stellen aufweisen. In den Kreis dieser Unternehmen ge-

---

hören z. B. Versorgungsbetriebe, Verkehrsunternehmen, Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie sowie technische Einrichtungen. Es muß im Interesse der Bevölkerung unseres Landes sichergestellt sein, daß solche Wirtschaftsunternehmen weder unterwandert noch für spektakuläre Sabotageakte mißbraucht werden.